

LEITLINIEN UND EMPFEHLUNGEN
FÜR KOMMUNALE VERWALTUNGEN

WIE MAN BÜRGER:INNEN EINBINDET UND MIT IHNEN ZUSAMMENARBEITET



[HTTPS://CREATIVECOMMONS.ORG/LICENSES/BY-SA/4.0/](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/)

CREATORS:

Gražina Čiuladienė, Gintarė Žemaitaitienė, Jolanta Pivorienė - Mykolas Romeris University, Lithuania
Joanna Kurowska-Pysz, Karolina Mucha-Kuś, Lubomira Trojan - WSB University, Poland
Magdalena Weinle, Lizett Samaniego - Hochschule der Medien, Germany

IN COOPERATION WITH:

Le Quang Son, Ho Long Ngoc, Le Thi Hong Oanh - The University of Danang, Vietnam
Dario Marmo, Sara Barbieri - LAMA Cooperative Society - Social Enterprise, Italy
Emira Brkić Karninčić, Nenad Antolović - Rijeka Development Agency Porin, Croatia



Co-funded by
the European Union

Co-funded by the European Union. Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or Fundacja Rozwoju Systemu Edukacji. Neither the European Union nor the granting authority can be held responsible for them.

Mykolas Romeris University, Litauen
Akademia WSB, Polen
Hochschule der Medien Stuttgart, Deutschland

The University of Danang, Vietnam
LAMA Cooperative Society – Social Enterprise, Italien
Rijeka Development Agency Porin, Kroatien

Inhalt

Einleitung	4-9
Section 1 / Die Bedeutung der Bürger:innenbeteiligung	10-21
1.1 Warum einbeziehen?	10-11
1.2 Strategische Bedeutung	12-16
1.2.1 Bürger:innen als Akteur:innen des Wandels	12-13
1.2.2 Hochschuleinrichtungen als Innovationszentren	14
1.2.3 Die Vorteile partizipativer Verwaltung	14-16
1.3 Nutzung der Partizipationsleiter – Konzept zur Einbindung von Jugendlichen	17-21
Section 2 / Strategien, Methoden und Instrumente für eine wirksame Einbindung	22-72
2.1 Aufbau von Partnerschaften mit Hochschulen	22
2.2 Strategische Bedeutung von Partnerschaften mit Hochschulen für lokale und regionale Behörden	23
2.3 Einbindung von Behörden und Zielgruppen der Bürger:innen	24
2.3.1 Ansätze zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Behörden	24-29
2.4 Einbindung von Hochschulen, weiterführenden Schulen und Schüler:innen	30
2.5 Methoden und Maßnahmen zur Einbindung von Hochschulen, Sekundarschulen und Studierenden	31-44
2.6 Hochschulen, weiterführende Schulen und Schüler:innen zur Zusammenarbeit motivieren	45-58
2.6.1 Fahrplan zur Stärkung des Engagements von Studierenden und Jugendlichen	59-68
2.7 Einbeziehung von Organisationen der Zivilgesellschaft und anderen Interessengruppen	69-72
Section 3 / Zusammenarbeit für mehr Partizipation – Anforderungen an regionale und lokale Behörden.	73-82
3.1 Grundlage für wirksames Handeln der lokalen Behörden	73-75
3.2 Aufbau eines unterstützenden Ökosystems für Studierende und Jugendliche	76
3.3 Instrumente zur Bürger:innenbeteiligung	77
3.4 Toolkit für Behörden	78-80
3.5 Von der Methode zur Praxis: Wie Tools in Maßnahmen regionaler und lokaler Behörden umgesetzt werden können	81-82

Section 4 / Zusammenfassung und Schlussfolgerung	83-86
---	--------------

LEITLINIEN UND EMPFEHLUNGEN FÜR KOMMUNALE VERWALTUNGEN ZUR ZUSAMMENARBEIT MIT BÜRGER:INNEN

Introduction

In den letzten Jahren haben wir tiefgreifende globale Veränderungen erlebt, die unser Leben, unsere Arbeit und unser gesellschaftliches Miteinander grundlegend geprägt haben. Ereignisse wie die COVID-19-Pandemie, weltweite Spannungen, die eskalierende Klimakrise, die schnelle Entwicklung der KI und veränderte geopolitische Dynamiken haben große Herausforderungen, aber auch neue Chancen mit sich gebracht. Sie haben die Digitalisierung beschleunigt, die Dringlichkeit einer nachhaltigen Lebensweise und der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben verdeutlicht und Themen wie Fluchtbewegungen oder den demografischen Wandel stärker ins Bewusstsein gerückt. Eine wesentliche Aufgabe liegt im bürgerschaftlichen Engagement, das lokale Initiativen stärken und Menschen befähigen kann, Veränderungen aktiv mitzugestalten.

Dafür müssen Raumplanung und Stadtentwicklung weitergedacht werden, um diesen komplexen Entwicklungen zu begegnen – mit einem klar partizipativen Ansatz. Unterschiedliche Akteur:innen können dazu beitragen. Bürger:innen, Studierende und Hochschulen spielen dabei eine Schlüsselrolle, weil sie gemeinsam

Lösungen entwickeln, die Innovationen fördern und auf aktuelle Veränderungen reagieren. Bürger:innen bringen wertvolles Wissen aus ihrem Umfeld ein, Hochschulen ergänzen dieses mit Forschung und neuen Ideen. Eine junge Generation von Denker:innen ist entschlossen, sich mit realen Problemen auseinanderzusetzen. Sie besteht aus Studierenden, die als Motor des Wandels gelten können, die Engagement zeigen und Verantwortung für die Bewältigung der sozialen und ökologischen Herausforderungen wie auch für die lokale Entwicklung übernehmen.

Die aktive Einbindung junger Menschen und Studierender in Entscheidungsprozesse und die Mitgestaltung der Stadt ist Ausdruck demokratischer Werte – und zugleich eine Investition in Sozialkapital und Innovation. Diese Leitlinien wollen zeigen, welche konkreten Schritte Kommunalverwaltungen unternehmen können, um gute Rahmenbedingungen für die Beteiligung junger Menschen zu schaffen, ihr Bewusstsein für gesellschaftliche Verantwortung zu stärken und ihnen das Gefühl zu geben, etwas bewegen zu können.

Früher haben Behörden und Wissenschaft meist getrennt oder nur punktuell kooperiert. Heute braucht es einen klaren, systematischen Ansatz, der beide mit lokalen und regionalen Verwaltungen verbindet. So lassen sich nachhaltige Stadtplanung und Entwicklung beschleunigen und Vertrauen in die Regierungsführung aufbauen. Wenn Bürger:innen merken, dass ihre Stimmen zählen, Studierende sehen, dass ihre Beiträge Wirkung entfalten, und Hochschulen enge Verbindungen zur Gemeinschaft knüpfen, entstehen Ergebnisse, die über bauliche Verbesserungen hinausreichen – hin zu einer stärkeren, solidarischen Gesellschaft, die künftige Herausforderungen meistern kann. Dieses Engagement darf nicht bei Bürger:innen und Behörden enden, sondern muss auch Unternehmen, NGOs und Medien einbeziehen. Um genau das zu erreichen, wurde das Erasmus+-Projekt HEIsCITI („HEIs as Innovative Triggers of Sustainable Development in European Cities in the Post-COVID-19 Era“) gestartet. Ziel ist es, Bürger:innen, Studierende, Hochschulen, lokale Behörden und andere Gruppen stärker zusammenzubringen und Partnerschaften aufzubauen, die Innovation und inklusives Wachstum fördern.

Indem Hochschulen und Studierende aktiv in die Entwicklung smarter Städte eingebunden werden, verknüpft das Projekt Forschung und neue Ideen direkt mit der Stadtplanung. Über Plattformen für Dialog, Austausch und gemeinsames Entwickeln, die im Projekt getestet und erprobt werden, stellt HEIsCITI sicher, dass Lösungen visionär und gleichzeitig praxisnah sind – und damit die Lücke zwischen Theorie und Umsetzung schließen. Ein Kernpunkt ist die Bürger:innenbeteiligung: Lokale Perspektiven werden ernst genommen, um inklusive und nachhaltige Städte zu gestalten. Wenn Gemeinden in Entscheidungen eingebunden sind, entsteht Vertrauen und Eigenverantwortung – beides entscheidend für dauerhaften Erfolg. Darüber hinaus zeigt das Projekt, wie vernachlässigte urbane Räume in lebendige, funktionale Smart Areas verwandelt werden können, die den Bedürfnissen der Gemeinschaft entsprechen. Mit digitalen Werkzeugen, innovativem Design und gemeinsamer Planung gibt HEIsCITI Städten praktische Konzepte an die Hand, um Lebensqualität und Nachhaltigkeit zu steigern – und zeigt, wie Zusammenarbeit Innovation und Widerstandskraft stärkt.



„Durch die Umsetzung solcher kreativen und partizipativen Ansätze können Leerstände nicht nur effektiv bekämpft, sondern auch in lebendige und inklusive Gemeinschaftsräume verwandelt werden, die das soziale und kulturelle Leben in der Stadt bereichern.“

Urban Culture Club Team, Pilotprogramm,
Hochschule der Medien Stuttgart



„Dieses Projekt hat mir Einblicke in die Besonderheiten und Herausforderungen der Kommunikation im öffentlichen Sektor vermittelt. Außerdem konnte ich die strukturierten Phasen des Design Thinking anwenden, was zu noch kreativeren Ideen geführt hat.“ Ruta,
Pilotprogramm, Mykolas-Romeris-Universität



„Das Projekt hat meinen Horizont erweitert.“— Teilnehmer, Pilotprogramm, WSB University



„Die Teilnahme an diesem Projekt war eine wertvolle Erfahrung in Sachen Teamarbeit. Wir haben gelernt, unterschiedliche Perspektiven in Einklang zu bringen, Kompromisse zu finden und auf ein gemeinsames Ziel hinzuarbeiten. Kommunikation ist mehr als nur der Austausch von Worten; es geht darum, Verbindungen zu schaffen, zum Handeln zu inspirieren und Gemeinschaften zu befähigen, gemeinsame Herausforderungen zu lösen.“

Justyna, Pilotprogramm, Mykolas-Romeris-Universität



„Für mich war es etwas Greifbares – eine Chance, wichtige Fähigkeiten wie das Zuhören und die gemeinsame Erarbeitung von Lösungen zu üben.“—

Teilnehmer, Pilotprogramm, WSB-Universität



„Es hat mir gefallen. Das war frisch und sinnstiftend. Ich hatte das Gefühl, dass ich der Gemeinschaft etwas von mir geben konnte.“— Teilnehmer,
Pilotprogramm, WSB-Universität



Diese Leitlinien sind eines der zentralen Dokumente des **HEIsCITI Erasmus+-Projekts**. Sie sollen lokale und regionale Behörden dabei unterstützen, einen innovativen, kooperativen Dialog mit jungen Bürger:innen – insbesondere Studierenden – aufzubauen und dauerhaft zu pflegen, begleitet von Hochschulen, weiterführenden Schulen und anderen relevanten Partner:innen. Mit praktischen Methoden, Beispielen aus der Praxis und umsetzbaren Empfehlungen verfolgt das Dokument folgende Ziele:

- » die Bedürfnisse und Erwartungen von Jugendlichen und Studierenden besser verstehen
- » Behörden mit Werkzeugen und Methoden für inklusive Bürger:innenbeteiligung ausstatten
- » das bürgerschaftliche Engagement junger Menschen auf lokaler Ebene stärken
- » die Zusammenarbeit zwischen Kommunalverwaltungen, Hochschulen, weiterführenden Schulen, Studierenden, Behörden, Bürger:innen, NGOs, Unternehmen und Medien fördern, um Ideen zu sammeln, gemeinsam Lösungen zu entwickeln und städtische Herausforderungen anzugehen
- » das bürgerschaftliche Engagement junger Menschen auf lokaler Ebene stärken

- » die Perspektiven junger Menschen konsequent in Stadtplanung und Entscheidungsprozesse einbeziehen
- » Hinweise geben, wie Schüler:innen, Hochschulen und weitere Zielgruppen als Partner:innen für Stadtentwicklungsinitiativen gewonnen werden können
- » die Entwicklung von Bürger:innenkompetenzen und Führungskompetenzen bei Jugendlichen und Studierenden fördern
- » Ansätze zur Erfassung und Umnutzung verlassener oder ungenutzter Flächen in intelligente Stadträume hervorheben, die den Bedürfnissen der Gemeinschaft entsprechen
- » Verantwortungsbewusstsein für die lokale Gemeinschaft und ein Gefühl der Zugehörigkeit unter jungen Menschen stärken
- » Kreativität und intellektuelles Potenzial junger Menschen nutzen und in nachhaltige Entwicklung überführen

Das **übergeordnete Ziel des Projekts** ist es, lokale und regionale Verwaltungen zu befähigen, mit dem nötigen Know-how eine nachhaltige, resiliente und inklusive städtische Zukunft zu gestalten, die auf dem **Engagement junger Menschen basiert**. Dies ist besonders bedeutsam angesichts der geschwächten sozialen Bindungen in der Zeit nach COVID.

Das HEIsCITI Erasmus+-Projekt wurde zwischen Dezember 2022 und November 2025 von **folgenden Partnern durchgeführt**: WSB University Polen (Leitung); Hochschule der Medien Stuttgart, Deutschland; Mykolas Romeris University, Litauen; The University of Danang, Vietnam; LAMA Cooperative Society – Social Enterprise, Italien; Rijeka Development Agency Porin (ehemals Smart RI), Kroatien.

Assoziierte Partner: Zamek Cieszyn, Polen; Wirtschaftsförderung der Region Stuttgart, Deutschland; Gemeinde Joniskis, Litauen; Universität Aalborg, Dänemark.

Weitere Informationen zum HEIsCITI-Projekt:

» <https://wsb.edu.pl/heisciti/about-the-project>

Section 1

Die Bedeutung der Bürger:innenbeteiligung

1.1 Warum einbeziehen?

Gemeinden stehen heute vor komplexen, eng miteinander verflochtenen Herausforderungen, die weder durch reine Top-down-Governance noch durch isoliertes Fachwissen bewältigt werden können. Dauerhafte Lösungen erfordern unterschiedliche Perspektiven, einen offenen Dialog und echte Zusammenarbeit. Bürger:innen – vertreten durch Zivilgesellschaft, Hochschulen, weiterführende Schulen, Studierende, NGOs, Unternehmen und Medien – sind als Mitgestalter:innen der Stadtentwicklung unverzichtbar, um Innovation zu fördern und eine nachhaltige Transformation zu ermöglichen.

Bürger:innen verfügen über ein tiefes Verständnis ihrer Gemeinden und bringen praxisnahe Einblicke sowie kreative Ideen zur Lösung lokaler Probleme ein. Partizipation stärkt Gemeinschaften, fördert Verantwortungsbewusstsein und sozialen Zusammenhalt, indem sie verschiedene Gruppen miteinander verbindet. Durch die Einbindung von Bürger:innen in Mitgestaltungs- und Mitentscheidungsprozesse erweitern Kommunen ihren Ideenpool und schaffen so integrativere, innovativere und langfristig tragfähigere Lösungen ¹.


Hochschulen wiederum sind zentrale Orte für Wissen und Innovation. Durch Partnerschaften mit Universitäten und Studierenden erhalten Städte Zugang zu aktueller Forschung, experimentellen Projekten und neuen Denkansätzen. Diese Zusammenarbeit stärkt die Stadtplanung und stellt sicher, dass Lösungen faktenbasiert sind und den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechen ².

Sekundarschulen spielen eine wichtige Rolle bei der Förderung einer Kultur des bürgerschaftlichen Engagements von klein auf. Sie ermutigen junge Menschen, sich aktiv für ihre Gemeinden zu interessieren und ihre Zukunft mitzugestalten. Ihre frischen Perspektiven und ihre digitale Kompetenz tragen zu innovativen Lösungen bei. Nichtregierungsorganisationen sind zentrale Vermittler:innen, die die Lücke zwischen Behörden und Gemeinschaften schließen. Sie setzen sich für marginalisierte Gruppen ein, mobilisieren Basisinitiativen und bringen wertvolles Fachwissen zu sozialen und ökologischen Fragen ein. Unternehmen tragen in der Stadtentwicklung Ressourcen, technologische Innovationen und nachhaltige Strategien bei, die lokalen Fortschritt ermöglichen. Gleichzeitig spielen Medien eine Schlüsselrolle: Sie schaffen Transparenz, sensibilisieren die Öffentlichkeit und fördern Bürger:innenbeteiligung, indem sie über Initiativen informieren und öffentliche Debatten anregen.

Kurzum: Kommunen müssen mit Bürger:innen zusammenarbeiten, die durch Zivilgesellschaft, Hochschulen, weiterführende Schulen, Studierende, NGOs, Unternehmen und Medien vertreten sind. Partizipation ist nicht nur eine Option, sondern ein Grundrecht und eine tragende Säule der Demokratie. Sie stellt sicher, dass Entscheidungen nicht von einer kleinen Elite bestimmt werden, sondern aus einem offenen, kollaborativen Prozess hervorgehen. Bürger:innen können in allen Phasen – von Planung über Umsetzung

¹ Wong, Y. L. (2023). What is Participatory Planning in the Urban Setting?. Inclusion Matters. Singapore: Lee Kuan Yew School of Public Policy. <https://lkyspp.nus.edu.sg/research/social-inclusion-project>, Available at SSRN: <https://ssrn.com/abstract=4436760> or <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.4436760>

² Co-creating Urban Transformation: A Guide to Community Listening and Engagement for Future-fit Cities. (n.d.). <https://innovation.eurasia.undp.org/resource/co-creating-urban-transformation>



bis Bewertung – mitwirken und so sicherstellen, dass Politik relevanter, inklusiver und näher an den Bedürfnissen der Gemeinschaft ist. Diese partizipative Demokratie stärkt sozialen Zusammenhalt, kollektive Problemlösung und die Legitimität öffentlicher Entscheidungen.

Bürger:innenbeteiligung wirkt transformativ: Sie verwandelt Menschen von passiven Empfänger:innen öffentlicher Leistungen in aktive Mitgestalter:innen ihres Umfelds. Durch Teilhabe an Entscheidungsprozessen gehen Gemeinden über klassische Konsultation hinaus und entwickeln eine echte Zusammenarbeit, die Eigenverantwortung stärkt. So entstehen nachhaltigere, innovativere Lösungen, da diejenigen, die Herausforderungen aus erster Hand kennen, praxisnahe Erkenntnisse und kreative Ideen beisteuern.

Darüber hinaus steigert Beteiligung Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Regierungsführung. Offene Verfahren, zugängliche Informationen und ein kontinuierlicher Dialog zwischen Behörden und Einwohner:innen schaffen Vertrauen und gemeinsame Verantwortung für das Gemeinwohl. Wenn sichtbar wird, wie Beiträge in Entscheidungen einfließen, stärkt das das Vertrauen in Institutionen und motiviert zu langfristigem Engagement. Transparenz sorgt zudem dafür, dass Entscheidungen nicht nur legitimer, sondern auch wirksamer und breiter akzeptiert sind.

Neben bürgerschaftlichem Engagement sind auch Hochschulen, weiterführende Schulen, Studierende, NGOs, Unternehmen und Medien entscheidend für Innovation und faktenbasierte Politikgestaltung. Universitäten liefern Forschung und Analysen, Schulen fördern Verantwortungsbewusstsein bei der jungen Generation, NGOs vertreten Interessen und mobilisieren an der Basis, Unternehmen leisten technologische und wirtschaftliche Beiträge, und Medien schaffen öffentliche Aufmerksamkeit und Rechenschaft. Die Zusammenarbeit dieser Gruppen überbrückt die Lücke zwischen Forschung, Politik und lokalen Initiativen und sorgt dafür, dass Lösungen zukunftsorientiert und zugleich anpassungsfähig bleiben.

Letztlich müssen Behörden Partizipation aktiv fördern, um widerstandsfähige, inklusive und zukunftsorientierte Gesellschaften aufzubauen. Indem sie Wissen, Kreativität und Erfahrung von Zivilgesellschaft, Hochschulen, Schulen, Studierenden, NGOs, Unternehmen und Medien in die Regierungsführung einbinden, steigern sie die Wirksamkeit ihrer Politik und stärken die Grundlagen von Demokratie, Vertrauen und gemeinsamem Fortschritt. Partizipation ist dabei nicht nur ein Werkzeug der Entscheidungsfindung, sondern ein kontinuierlicher Prozess von Einbindung, Bildung und Befähigung – und damit ein Motor für nachhaltige gesellschaftliche Transformation ³.

³ Enhancing the Student Civic Experience. <https://civicuniversitynetwork.co.uk/resources/student-civic-engagement>

1.2 Strategische Bedeutung

1.2.1 Bürger:innen als Akteur:innen des Wandels

Partizipation ist ein Grundrecht der Bürger:innen und ein Eckpfeiler der Demokratie. Sie stellt sicher, dass Einzelne über die Mittel, den Raum und die notwendige Unterstützung verfügen, um an Entscheidungsprozessen mitzuwirken, die ihr Leben und ihre Gemeinschaft betreffen. Durch echte Beteiligung werden Bürger:innen von passiven Empfänger:innen öffentlicher Leistungen zu aktiven Entscheidungsträger:innen und Mitgestalter:innen ihres Umfelds. Dieser Wandel stärkt den sozialen Zusammenhalt, vertieft das Vertrauen zwischen Gemeinschaften und Behörden und fördert die gemeinsame Verantwortung für öffentliche Initiativen.

Die Einbindung von Bürger:innen in Mitgestaltungs- und Mitentwurfsprozesse erweitert den Ideenpool und macht Politik besser an unterschiedliche Bedürfnisse anpassbar. Partizipation befähigt Einzelne und Gemeinschaften zudem, bestehende Machtstrukturen kritisch zu hinterfragen, was zu gerechterer und inklusiver Regierungsführung führt. Transparenz in Entscheidungsprozessen, offene Konsultationen und der Zugang zu Informationen stärken zusätzlich das Vertrauen der Öffentlichkeit und die Rechenschaftspflicht – und stellen sicher, dass Politik den sozialen Prioritäten entspricht und breite Akzeptanz findet.

Vorteile der Zusammenarbeit für Behörden:



Effektivere und akzeptiertere Politik

- » Die Einbindung von Bürger:innen stellt sicher, dass Politik reale Bedürfnisse und Prioritäten widerspiegelt, was zu besseren Ergebnissen und höherer Zufriedenheit führt.
- » Lösungen aus partizipativen Prozessen finden meist stärkere Unterstützung in der Öffentlichkeit, verringern Widerstände und erhöhen die Bereitschaft zur Umsetzung.

Stärkerer sozialer Zusammenhalt und Vertrauen in Behörden

- » Transparente Entscheidungsfindung und offener Dialog festigen die Beziehung zwischen Verwaltung und Gemeinschaft.
- » Bürger:innen, die sich gehört und geschätzt fühlen, vertrauen Institutionen eher – was soziale Spannungen und Polarisierung reduziert.

Bessere Problemlösung und mehr Innovation

- » Bürger:innen bringen praxisnahe, kontextspezifische Einsichten ein, die Fachleuten entgehen können.
- » Das Einholen von Ideen aus verschiedenen Gruppen führt zu kreativeren, integrieren und anpassungsfähigeren Lösungen.

Größeres Engagement bei der Umsetzung

- » Wer in Entscheidungen eingebunden ist, beteiligt sich auch stärker an Umsetzung und Verstetigung – und entlastet so die Verwaltung.
- » Aktive Bürger:innenbeteiligung fördert langfristige Partnerschaften, Initiativen und ehrenamtliches Engagement, die staatliche Maßnahmen sinnvoll ergänzen.

1.2.2 Hochschuleinrichtungen als Innovationszentren

Hochschulen spielen eine zentrale Rolle bei der Verbindung von Forschung, Innovation und öffentlicher Politik. Als Orte des Wissens und Lernens stellen sie sicher, dass Entscheidungen auf evidenzbasierten Ansätzen beruhen und aktuelle Fortschritte in unterschiedlichen Disziplinen einfließen.

Die Zusammenarbeit von Behörden und Hochschulen fördert interdisziplinäre Problemlösungen und ermöglicht es, innovative Strategien praktisch zu erproben. Das steigert die Qualität öffentlicher Dienstleistungen und stärkt die Brücke zwischen Wissenschaft und Gesellschaft – und stellt sicher, dass Bildung und Forschung konsequent auf die dringenden Bedürfnisse der Gemeinschaft ausgerichtet bleiben.

1.2.3 Die Vorteile partizipativer Verwaltung

Partizipative Verwaltung ist eine langfristige Investition in den Aufbau resilienter, inklusiver und handlungsfähiger Gesellschaften. Dieses Modell geht über eine rein wahlbasierte Demokratie hinaus und befähigt Bürger:innen, in allen Phasen der Entscheidungsfindung – von Planung und Umsetzung bis hin zu Bewertung und Weiterentwicklung – aktiv mitzuwirken.

Die Einbindung von Bürger:innen, Studierenden, Hochschulen und weiteren Interessengruppen in Governance-Prozesse schafft ein kollaboratives Ökosystem, in dem Entscheidungen gemeinsam und unter Einbezug aller getroffen werden. Dieser Ansatz stärkt Rechenschaftspflicht, fördert Transparenz und baut Vertrauen zwischen den Beteiligten auf. Indem Zusammenarbeit zur Priorität gemacht wird, können lokale Behörden Lösungen entwickeln, die gerechter, wirksamer und näher an den Bedürfnissen der Gemeinschaft sind.

Partizipation ist zugleich Mittel und transformativer Prozess: Sie fördert, stärkt und erneuert demokratische Governance. Öffentliche Behörden sollten diesen Wandel aktiv unterstützen und anerkennen, dass die Einbindung von Bürger:innen und Hochschulen entscheidend für den Aufbau resilienter, innovativer und inklusiver Gesellschaften ist.

Die Beteiligung von Bürger:innen und Hochschulen an Entscheidungsprozessen führt zu:



Relevanterer und wirksamerer Politik

- » Sicherstellung, dass Entscheidungen durch gesellschaftlichen Konsens die tatsächlichen Bedürfnisse und Erwartungen widerspiegeln.

Mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht

- » Offener Dialog und gemeinsame Beschlüsse stärken das Vertrauen in Institutionen.

Verbesserter Lebensqualität

- » Partizipation ermöglicht Einfluss auf Infrastruktur, Dienstleistungen und soziale Initiativen vor Ort und führt so zu besseren Ergebnissen.

Stärkerem sozialen Zusammenhalt

- » Gemeinsames Problemlösen schafft eine Kultur der Kooperation und Solidarität.

Einer Stärkung partizipativer Demokratie

- » Über reine Wahlprozesse hinaus hin zu einem inklusiven Modell, in dem Bürger:innen Politik in allen Phasen mitgestalten.

Die Einbindung von Bürger:innen und Hochschulen in Entscheidungsprozesse bietet Behörden folgende Vorteile:



Zugang zu Fachwissen und evidenzbasierte Entscheidungen

- » Zusammenarbeit mit Hochschulen stellt sicher, dass politische Maßnahmen auf aktueller Forschung beruhen statt auf veralteten Annahmen oder politischem Druck.
- » Forschungspartnerschaften helfen, Ursachen sozialer Probleme zu erkennen und innovative, wirksame Lösungen vorzuschlagen.

Erprobung und Skalierung innovativer Ansätze

- » Hochschulen ermöglichen es, neue Strategien zunächst in geschützten Umgebungen zu testen, bevor sie im großen Maßstab umgesetzt werden.
- » Behörden können universitäre Pilotprojekte als Labor für politische Innovationen nutzen.

Ausbildung qualifizierter Fachkräfte für den öffentlichen Dienst

- » Die Einbindung von Studierenden in reale Herausforderungen bereitet sie auf Karrieren in Verwaltung, Stadtplanung und sozialer Innovation vor.
- » Verwaltungen können Absolvent:innen gewinnen, die bereits praktische Erfahrungen im öffentlichen Sektor mitbringen.

Stärkere Verbindung von Bildung und Gesellschaft

- » Partnerschaften mit Hochschulen stellen sicher, dass Forschung gesellschaftlich relevant bleibt und sich an drängenden lokalen Fragen orientiert.
- » Behörden profitieren von akademischen Netzwerken, die sektorübergreifende Kooperation und Wissensaustausch fördern.

1.3 Nutzung der Partizipationsleiter – Konzept zur Einbindung von Jugendlichen

Die Partizipationsleiter – basierend auf Sherry Arnsteins Konzept ⁴. und angepasst an den Jugendkontext – verdeutlicht, dass Beteiligung viele Formen haben kann: Von bloßer Scheinpartizipation bis hin zu echtem Einfluss und Kontrolle. Um junge Menschen wirksam auf die Mitgestaltung der Stadt und ihrer Entwicklung vorzubereiten, sollte die Kommunalverwaltung bewusst Maßnahmen auf verschiedenen Stufen dieser Leiter einsetzen und so Schritt für Schritt ein höheres Maß an Teilhabe ermöglichen.

Dabei ist besonders zu betonen: Die erste Stufe – oft geprägt durch die scheinbare Einbeziehung der öffentlichen Meinung – stellt kein echtes Engagement dar. In der Praxis dieser „Nichtbeteiligung“ sitzen Bürger:innen zwar in Ausschüssen oder Beiräten, haben aber keinen realen Einfluss. Dieser Prozess dient meist der Aufklärung oder „Befriedung“ und legitimiert vor allem bereits getroffene Entscheidungen. Deshalb beginnt das hier dargestellte Modell mit Stufe 2: Information. Sie markiert den ersten echten Schritt in Richtung Engagement, da sie jungen Menschen zumindest Zugang zu relevanten Informationen über Entscheidungen und Maßnahmen der Kommunalverwaltung verschafft.

⁴ Arnstein, S. R. (1969). A ladder of citizen participation. Journal of the American Institute of planners, 35(4), 216–224.



**Die Ebenen der
Beteiligung lassen
sich wie folgt
unterscheiden:**

Informieren

(Level 2: Stufe 2: Information)

Bedeutung:

Jugendliche werden über Aktivitäten der Kommunalverwaltung, getroffene Entscheidungen und deren Auswirkungen informiert, können diese aber nicht beeinflussen. Dies ist ein grundlegender Schritt zur Entwicklung eines bürgerschaftlichen Bewusstseins.

Maßnahmen:

Einrichtung verständlicher und attraktiver Informationskanäle für junge Menschen (z. B. ein eigener Bereich auf der Website, Social-Media-Profile auf für Jugendliche relevanten Plattformen, Newsletter an Schulen und Hochschulen). Organisation von Tagen der offenen Tür im Rathaus, damit Jugendliche die Arbeit der Verwaltung kennenlernen.

Meinung einholen

(Stufe 3: Konsultation)

Bedeutung:

Die Kommunalverwaltung holt Meinungen junger Menschen zu bestimmten Themen oder Vorschlägen ein, die endgültige Entscheidung bleibt jedoch bei den Behörden. Jugendliche haben eine Stimme, aber keine Garantie, dass diese berücksichtigt wird.

Maßnahmen:

Durchführung von Konsultationen zu Jugendthemen (z. B. öffentlicher Raum, Kultur, Verkehr) mit Methoden, die Jugendliche bevorzugen (Online-Umfragen, Workshops, Treffen in Schulen/Hochschulen). Rückmeldung geben, wie die Beiträge in Entscheidungen eingeflossen sind – oder warum nicht.

Zusammenarbeiten und einbeziehen

(Stufe 4: Kooperation/Konsultation
— in manchen Modellen
Übergangsform)

Bedeutung:

Jugendliche und Verwaltung arbeiten gemeinsam an Projekten oder Initiativen, die überwiegend von der Kommune initiiert werden, bei denen aber die Meinung der Jugendlichen aktiv einbezogen wird.

Maßnahmen:

Einbindung von Jugendratsmitgliedern, Schulsprecher:innen oder aktiven Jugendlichen in Arbeitsgruppen, die konkrete Lösungen entwickeln (z. B. Stadterneuerung, Stadtfeste, Stipendienprogramme). Beteiligung Jugendlicher an der Mitorganisation von Veranstaltungen wie Festivals, Debatten oder Umweltkampagnen.

Gemeinsam entscheiden (Stufe 5: Partnerschaft))

Bedeutung:

Entscheidungen werden gemeinsam von Verwaltung und Jugendlichen (bzw. deren Vertretungen) getroffen. Verantwortung und Macht sind klar definiert und gleichmäßig verteilt.

Maßnahmen:

Einrichtung eines Jugendstadtrats mit echten Entscheidungsbefugnissen und Budget, etwa für kleine Jugendprojekte oder für die Mitgestaltung des Veranstaltungskalenders. Aufbau gemeinsamer Gremien von Verwaltung und Jugendlichen zur Verwaltung bestimmter Programme oder Räume (z. B. Jugendzentren).

Befugnisse übertragen

(Stufen 6/7: Befugnisse übertragen)

Bedeutung:

Jugendliche erhalten erheblichen oder sogar dominanten Einfluss auf Entscheidungen und Verwaltung in bestimmten Bereichen. Die Kommune überträgt Verantwortung für konkrete Aufgaben.

Maßnahmen:

Übertragung der Verwaltung einer Einrichtung (z. B. Jugendclub, Coworking Space) oder eines Programms (z. B. Jugendfonds zur Förderung von Initiativen) an den Jugendrat oder eine Jugendorganisation – inklusive Budget und Autonomie. Unterstützung von Jugendgenossenschaften oder Stiftungen, die öffentliche Aufgaben für Gleichaltrige übernehmen.

Mehr Offenheit, Vertrauen und die Bereitschaft der Kommunalverwaltung, Macht zu teilen, sind dafür unerlässlich. Nur so lassen sich wirklich engagierte, verantwortungsbewusste Jugendliche heranbilden, die als aktive Mitgestalter:innen ihre lokale Gemeinschaft prägen.

Section 2

Strategisches, Methoden und Werkzeuge für effektive Mitwirkung

2.1 Aufbau von Partnerschaften mit Hochschulen

Damit Bürger:innenbeteiligung in der Stadtverwaltung erfolgreich sein kann, braucht es klare Strategien, institutionelle Unterstützung und die aktive Mitwirkung einer Vielzahl von Interessengruppen. Obwohl die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements weithin anerkannt ist, haben lokale und regionale Behörden oft Schwierigkeiten, die wirksamsten Methoden zu finden, um dauerhafte Kooperationen aufzubauen und echte Inklusivität in Entscheidungsprozessen sicherzustellen.

Dieser Abschnitt stellt einige der bekanntesten und zugänglichsten Methoden und Strategien vor und soll lokalen Verwaltungen helfen, Sekundarschulen, Hochschulen und Studierende gezielter in Entscheidungsprozesse einzubinden. Durch die Beteiligung des Bildungssystems auf allen Ebenen – insbesondere von Hochschulen und Sekundarschulen – und die Anerkennung ihrer Rolle als Innovationszentren, die für nachhaltige, wissensbasierte Governance-Modelle entscheidend sind, können Mechanismen der Bürger:innenbeteiligung eine langfristige und partizipative Stadtentwicklung unterstützen. Ebenso stärkt die Einbindung von Jugendlichen in Schulen und Hochschulen ihr Verantwortungsbewusstsein und garantiert eine nachhaltige Teilhabe der Gemeinschaft an politischen Prozessen.

Kommunen können Beteiligungsmechanismen institutionalisieren, die partizipative Stadtentwicklung fördern, indem sie auf organisierte Kooperationsmodelle, partizipative Ansätze und Anreizsysteme setzen. Hochschulen sind dabei nicht nur akademische Einrichtungen, sondern integraler Bestandteil der Gesellschaft und spielen eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung urbaner Herausforderungen. Sie liefern forschungsbasierte Erkenntnisse, experimentelle Lösungen und qualifizierte Fachkräfte, die Verwaltung, Infrastrukturplanung und gesellschaftliches Engagement maßgeblich verbessern können.

Trotz dieses Potenzials bleibt die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Hochschulen oft fragmentiert oder kurzfristig. Häufig agieren Hochschulen und Verwaltungen nebeneinander, wodurch Chancen für evidenzbasierte Politikgestaltung, urbane Innovation und nachhaltige Entwicklung verloren gehen.

Um das volle Potenzial auszuschöpfen, müssen Kommunen langfristige, strukturierte Partnerschaften aufbauen, die akademische Forschung mit den Prioritäten von Politik und Verwaltung verzahnen. Dieser Abschnitt untersucht daher Strategien zur Institutionalisierung solcher Partnerschaften, zu ihrer Integration in Governance-Modelle und zur Sicherstellung nachhaltiger, wirksamer Beiträge von Hochschulen.



Für lokale und regionale Behörden ergeben sich aus starken Partnerschaften mit Hochschulen folgende Vorteile:

Um diese Vorteile zu nutzen, sollten Kommunen strukturierte Modelle für die Kooperation mit Hochschulen entwickeln, die eine langfristige und nachhaltige Zusammenarbeit sicherstellen.

2.2 Strategische Bedeutung von Partnerschaften mit Hochschulen für lokale und regionale Behörden

- » **Zugang zu Fachwissen**, das sicherstellt, dass Stadtpolitik und -strategien auf aktueller Forschung und evidenzbasierten Praktiken beruhen..
- » **Aufbau einer Pipeline künftiger Führungskräfte im öffentlichen Dienst** durch die Förderung qualifizierter Arbeitskräfte, die im Umgang mit städtischen Herausforderungen und partizipativer Governance geschult sind.
- » **Innovationsmöglichkeiten**, da Hochschulen neue Technologien, experimentelle Methoden und interdisziplinäre Ansätze für komplexe urbane Probleme einbringen.
- » **Stärkeres Engagement der Gemeinschaft**, da Hochschulen Brücken zwischen Studierenden, Forschenden, Unternehmen und der lokalen Bevölkerung schlagen.
- » **Zugang zu EU-Fördermitteln und internationaler Zusammenarbeit**, da Hochschulen häufig Anspruch auf Forschungszuschüsse und Programme der Stadtentwicklung haben.

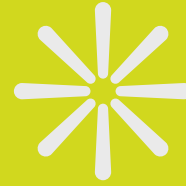
2.3 Einbindung von Behörden und Zielgruppen der Bürger:innen

2.3.1 Ansätze zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Behörden

Identifizierung gemeinsamer Interessen und Ziele

Damit Partnerschaften zwischen Hochschulen und Kommunen nachhaltig und wirkungsvoll sind, müssen beide Seiten ihre gemeinsamen Ziele und Überschneidungen klar definieren. Lokale Behörden und Hochschulen sollten einen strukturierten Dialog führen, um herauszuarbeiten, wie akademische Forschung, studentisches Engagement und institutionelles Fachwissen kommunale Strategien und städtische Herausforderungen unterstützen können.

Wichtige Schritte zur Ermittlung gemeinsamer Interessen und Ziele sind:



Zugang zu Fachwissen und evidenzbasierter Entscheidungsfindung

- » Durchführung von Erstkonsultationen und Visionierungsworkshops, in denen Kommunalpolitiker:innen, Hochschulvertreter:innen und Gemeindeglieder zentrale Herausforderungen und Kooperationsfelder diskutieren.
- » Abstimmung kommunaler Prioritäten mit den Forschungsschwerpunkten der Hochschulen, damit akademisches Wissen in Bereiche einfließt, die direkten Einfluss auf Politik und Gemeinschaft haben (z. B. Nachhaltigkeit, Mobilität, Digital Governance).
- » Entwicklung einer gemeinsamen Vision oder eines Strategiepapiers, das langfristige Ziele beschreibt und festlegt, wie Hochschulen und Kommunen zusammen Lösungen entwickeln, Wissen austauschen und die Entwicklungsbemühungen der Gemeinde unterstützen.
- » Einbeziehung von Hochschulleitungen, Fakultäten und Studierenden in einen kontinuierlichen Dialog darüber, wie Universitäten aktiv an lokalen Entscheidungsprozessen und partizipativen Governance-Modellen mitwirken können.
- » Förderung interdisziplinärer Zusammenarbeit, indem Expertise aus Verwaltung, Wirtschaft, Sozialwissenschaften und Technologie einbezogen wird, um vielschichtige Lösungen für urbane Herausforderungen zu entwickeln.

Durch die frühzeitige Identifizierung gemeinsamer Prioritäten im Kooperationsprozess können Kommunen und Hochschulen Impact maximieren und sicherstellen, dass ihre Bemühungen strategisch aufeinander abgestimmt sind und zur langfristigen Nachhaltigkeit der Städte beitragen.

Schaffung institutioneller Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit

Damit Hochschulen und Kommunen von einer informellen Zusammenarbeit zu strukturierten Partnerschaften übergehen können, sollten lokale Behörden klare Governance-Mechanismen einführen, die Rollen, Verantwortlichkeiten und Erwartungen eindeutig festlegen. Diese Rahmenbedingungen sollten Folgendes umfassen:

Absichtserklärungen (MoUs) oder strategische Kooperationsvereinbarungen, die die Verpflichtung beider Seiten formalisieren und einen Fahrplan für langfristiges Engagement festlegen.

Beratungsgremien oder Arbeitsgruppen von Kommunen und Hochschulen, in denen Vertreter:innen aus Hochschulen, Verwaltungen und Zivilgesellschaft regelmäßig Empfehlungen, Forschungsergebnisse und Kooperationsprojekte diskutieren.

Gemeinsame Finanzierungsstrukturen wie Forschungszuschüsse und kofinanzierte Projekte, die die finanzielle Stabilität langfristiger Initiativen sichern.

Transferstellen zwischen Hochschulen und Kommunen, die als Bindeglieder den Weg von Forschungsergebnissen in Politik und Stadtplanung ebnen.

Durch solche institutionellen Kooperationsmechanismen können Kommunen und Hochschulen von punktuellen Projekten zu fest verankerten Partnerschaften übergehen, die langfristigen Einfluss auf Governance-Strukturen und kommunale Entwicklungsprozesse haben.

Living Labs und urbane Innovationszentren

Um akademische Forschung in praktische Lösungen für Städte zu überführen, sollten Hochschulen und Kommunen Living Labs und urbane Innovationszentren einrichten. Diese dienen als reale Testumgebungen für Smart-City-Initiativen und evidenzbasierte politische Innovationen.

Diese Räume sollten:

Studierenden und Forschenden ermöglichen, direkt mit Verwaltungen an Lösungen rund um Mobilität, Klimawandel oder Governance zu arbeiten.

Experimente mit neuen Technologien fördern – z. B. KI-gestützte Stadtanalysen, intelligente Infrastrukturplanung oder gemeinschaftliche Projekte zur digitalen Inklusion.

die aktive Beteiligung der Einwohner:innen sicherstellen, indem diese zusammen mit Forschenden und Stadtverwaltungen kommunale Strategien mitgestalten und bewerten.

als Brücken zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik fungieren und Unternehmen, Hochschulen und öffentliche Einrichtungen zur Zusammenarbeit bei Smart-City-Innovationen und Nachhaltigkeitsprojekten einladen.

Finanzierungs- und Anreizstrukturen

Damit Hochschulen langfristig engagierte Partner:innen bleiben, brauchen sie finanzielle und strukturelle Unterstützung. Kommunen sollten erwägen:

Kofinanzierung von Forschungsinitiativen, die Nachhaltigkeit, smarte Governance und Gemeindeentwicklung fördern.

Kommunale Forschungszuschüsse für Hochschulen, die direkt zu lokalen politischen Zielen beitragen.

Nutzung europäischer und nationaler Förderprogramme wie Horizon Europe oder Erasmus+, um internationalen Wissensaustausch und forschungsbasierte Stadtentwicklung voranzubringen.

Einbindung des privaten Sektors, indem Unternehmen Forschungsprojekte mitfinanzieren, die Innovation und wirtschaftliche Nachhaltigkeit unterstützen.

Investitionen in diese Zusammenarbeit sichern, dass Hochschulen zentrale Treiberinnen für Forschung, politische Innovation und urbanen Wandel bleiben.

Monitoring und Evaluation

Um Wirkung und Erfolg von Partnerschaften mit Hochschulen zu messen, sollten Kommunen geeignete Monitoring- und Evaluationsmechanismen etablieren. Wichtige Instrumente sind:

Zu den wichtigsten Bewertungsmethoden gehören:

Klare Leistungsindikatoren (KPIs), um Forschungsbeiträge, studentisches Engagement und politische Empfehlungen bewerten zu können.

Regelmäßige Treffen und Updates zwischen Verwaltung und Hochschulen, um Strategien anzupassen und Modelle weiterzuentwickeln.

Gemeinsame Wirkungsberichte, die Erfolge, Herausforderungen und Ergebnisse der Kooperation dokumentieren.

Plattformen für Wissensaustausch, über die Kommunen Best Practices, Erfahrungen und Fallstudien zu erfolgreichen Hochschulpartnerschaften teilen können.

Mit solchen Maßnahmen stellen Kommunen sicher, dass Hochschulkooperationen dauerhaft auf urbane Herausforderungen reagieren und eine wirksame, forschungsbasierte Politikgestaltung vorantreiben.

2.4 Einbindung von Hochschulen, weiterführenden Schulen und Schüler:innen

Die Einbeziehung von Schüler:innen und Studierenden in die Stadtverwaltung fördert langfristig bürgerschaftliches Engagement und eine Kultur der sozialen Verantwortung. Sie bringen neue Perspektiven, digitale Kompetenzen und innovative Lösungsansätze ein und leisten damit einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung der Gemeinschaft.

Die Beteiligung von Schüler:innen und Studierenden an der Stadtverwaltung ist jedoch häufig eher sporadisch oder symbolisch als strukturiert und nachhaltig. Lokale Behörden müssen daher Mechanismen schaffen, die sicherstellen, dass sie aktive Mitwirkende und nicht bloß passive Beobachter:innen bei der Gestaltung ihrer Städte sind.

Ihre Einbindung ist entscheidend für die Förderung bürgerschaftlicher Verantwortung, partizipativer Demokratie und gemeinschaftsorientierter städtischer Innovation.

Städte müssen daher strukturierte Beteiligungsmechanismen einführen, um junge Menschen systematisch in die kommunale Governance einzubinden. So wird gewährleistet, dass sie zu aktiven Mitgestalter:innen urbaner Lösungen werden.

Was junge Menschen mitbringen:

Neue technologische Fähigkeiten, insbesondere in den Bereichen digitale Governance, KI-gestützte Stadtplanung und intelligente Infrastruktur.

Kreative Ansätze zur Lösung drängender städtischer Probleme wie Klimaanpassung, Effizienz im öffentlichen Nahverkehr oder Versorgungssicherheit im Energiebereich.

Langfristiges Potenzial für bürgerschaftliches Engagement, da frühe Beteiligung an Stadtverwaltungsprozessen lebenslange Mitwirkung an Politikgestaltung und öffentlicher Verwaltung fördert.

2.5 Methoden und Maßnahmen zur Einbindung von Hochschulen, Sekundarschulen und Studierenden

Die Einbindung von Hochschulen, weiterführenden Schulen und Schüler:innen in die Stadtverwaltung erfordert einen mehrschichtigen Ansatz, der Lehrplanintegration, erfahrungsbasiertes Lernen, digitale Tools und partizipative Strukturen miteinander verbindet. Kommunen müssen klare und strukturierte Möglichkeiten bieten, um sich aktiv an Politikgestaltung, Gemeinschaftsprojekten und urbanen Innovationsinitiativen beteiligen zu können.

In diesem Abschnitt werden bewährte Methoden und praktische Maßnahmen vorgestellt, um das Engagement von Schulen und Hochschulen in der lokalen Verwaltung zu steigern. Durch die Umsetzung solcher Ansätze können Städte die Kreativität, das technische Wissen und die Energie junger Menschen nutzen, um gemeinsam nachhaltige urbane Lösungen zu entwickeln.

A. Integration kommunaler Herausforderungen in Lehrpläne

Die Verankerung kommunaler Themen in den Lehrplänen ist eine zentrale Methode, um sicherzustellen, dass bürgerschaftliches Engagement ein fester Bestandteil der Bildung wird – und nicht nur eine gelegentliche Aktivität bleibt.

Kommunen können dazu Folgendes unternehmen:

- » Entwicklung problemorientierter Lehrmodule, in denen reale städtische Herausforderungen angegangen werden.
- » Aufbau von Partnerschaften mit Schulen, um Unterrichtseinheiten zum bürgerschaftlichen Engagement einzuführen, die Grundlagen zu Governance, Nachhaltigkeit und Stadtentwicklung vermitteln.
- » Hochschulen ermutigen, lokale Politikforschung in Abschlussarbeiten einzubeziehen, sodass Studierende ihre Forschung direkt in kommunale Strategien einbringen.
- » Bereitstellung kommunaler Datensätze für Forschungszwecke, damit Studierende lokale sozioökonomische Trends, Verkehrsprobleme oder Nachhaltigkeitsfragen analysieren können.
- » Einführung gemeinsamer Lehrveranstaltungen von Hochschulen und Kommunen, in denen Studierende verschiedener Fachrichtungen (z. B. Verwaltung, Ingenieurwesen, Sozialwissenschaften) an kommunaler Forschung und Projektumsetzung zusammenarbeiten.

Beispiel

Rijeka's Open Data Portal – Promoting Transparency and Civic Tech Engagement.

Das Open-Data-Portal der Stadt Rijeka (<https://data.rijeka.hr>) ist eine digitale Plattform, die der Öffentlichkeit freien Zugang zu Datensätzen der Stadtverwaltung bietet. Ziel ist es, Transparenz zu fördern, bürgerschaftliches Engagement zu stärken und evidenzbasierte Entscheidungsprozesse zu unterstützen.

Das Portal stellt Daten aus Bereichen wie Verkehr, Umwelt, Stadtplanung, öffentliches Beschaffungswesen und Demografie in maschinenlesbaren Formaten bereit, die den Open-Data-Standards der EU entsprechen.

Es wird von einer Vielzahl von Interessengruppen genutzt: • Studierende und Hochschulen greifen darauf für Forschung, Stadtanalysen und bürgertechnologische Projekte zurück. • Unternehmer:innen und Entwickler:innen nutzen die Daten zur Entwicklung von Apps und digitalen Diensten. • Bürger:innen und NGOs verwenden sie, um öffentliche Ausgaben zu überwachen, Dienstleistungen zu bewerten und Interessen zu vertreten.

Durch den offenen Zugang zu öffentlichen Daten ermöglicht Rijeka seiner Gemeinschaft, sich auf Basis fundierter Erkenntnisse aktiv an der Stadtentwicklung zu beteiligen. Das Portal fungiert zugleich als wertvolles Bildungs- und Partizipationsinstrument – insbesondere in Kombination mit Bürger:innen-Hackathons oder universitären Lehrveranstaltungen.

Beispiel

Das UCITYLAB Erasmus+ project⁵ dokumentierte 27 Kooperationen zwischen Universitäten und Städten in ganz Europa. Eine besonders hervorzuhebende Praxis ist das Programm „Turku Urban Research“⁶, bei dem Master-Studierende im Rahmen ihres Studiums Abschlussarbeiten verfassen, die direkt die kommunale Verwaltung unterstützen. Ihre Forschungsergebnisse fließen in konkrete Anwendungen ein – etwa in die Ressourcenverteilung, die Zusammenarbeit von Interessengruppen oder die Umsetzung kommunaler Strategien.

⁵ Case Studies Report, UCITYLAB Erasmus+ project. <https://ddd.uab.cat/pub/infpro/2019/273094/UCITYLAB-Case-Study-Report.pdf>

⁶ Turku Urban Research Programme. https://urbantransitionsmission.org/wp-content/uploads/2023/11/11_Turku_Session_UTM-in-Action_brokering-solutions-and-connecting-innovation-leaders-providers.pdf

B. Einrichtung von Stipendien- programmen und kommunalen Praktikumsprogrammen

Ein entscheidender Schritt zur Aufrechterhaltung des Engagements ist es, jungen Menschen durch kommunale Praktika und Stipendien praktische Lernmöglichkeiten zu bieten.

Kommunen sollten:

- » Praktikumsprogramme innerhalb ihrer Ämter Behörden einrichten, die es Schüler:innen und Studierenden ermöglichen, an Projekten in den Bereichen städtische Mobilität, Abfallwirtschaft und Politikanalyse zu arbeiten.
- » Stipendien für (Master-)Studierende anbieten, in deren Rahmen sie sich mit drängenden städtischen Themen wie Klimaanpassung, digitaler Verwaltung und Strategien zur Bürgerbeteiligung befassen.
- » Bezahlte Ausbildungsprogramme für Schüler:innen der Sekundarstufe einrichten, um sie schon früh in ihrer Ausbildung mit kommunaler Verwaltung und bürgerschaftlichem Engagement vertraut zu machen.
- » Mentoring-Möglichkeiten bieten, indem sie junge Menschen mit kommunalen Mitarbeitenden zusammenbringen, um sicherzustellen, dass sie praktische Einblicke in die Verwaltung und Politikgestaltung gewinnen.

Beispiel

Municipal Intern Program (MIP)⁷ der Local Government Academy in Pennsylvania, USA. Dieses Programm bringt Studierende und Doktorand:innen mit Kommunalverwaltungen, Räten und städtischen Behörden zusammen und bietet bezahlte Sommerpraktika, in denen die Studierenden an realen kommunalen Projekten wie Planung, Flächennutzung, öffentlichen Arbeiten und Öffentlichkeitsarbeit arbeiten. Das Programm vermittelt nicht nur praktische Erfahrungen und Mentoring durch Verwaltungsmitarbeitende, sondern hilft auch, die Lücke zwischen akademischem Lernen und beruflicher Praxis zu schließen und die Studierenden auf ihre zukünftige Karriere im öffentlichen Dienst vorzubereiten.

⁷ Municipal Intern Program application period open. (n.d.). Quaker Valley Council of Governments. <https://www.qvcog.org/announcements/municipal-intern-program-application-period-open>

C. Nutzung digitaler Tools für mehr Engagement

Da die digitale Kompetenz unter Jugendlichen so hoch ist wie nie zuvor, können Kommunen das Engagement maximieren, indem sie entsprechende Technologien und spielerische Partizipationsinstrumente einsetzen.

Empfehlenswert ist unter anderem:

- » Entwicklung mobiler Apps, über die Schüler:innen und Studierende Verbesserungsvorschläge für die Stadt einreichen, an politischen Diskussionen teilnehmen und kommunale Initiativen verfolgen können.
- » Nutzung von Social-Media-Plattformen für bürgerschaftliches Engagement, damit die Stimmen junger Menschen direkt in Stadtplanungsdebatten einfließen.
- » Einsatz von Virtual-Reality-Simulationen (VR), damit Schüler:innen und Studierende zu geplanten Projekten Feedback geben können.
- » Implementierung partizipativer Haushaltsplattformen, auf denen junge Menschen bei der Zuweisung von Mitteln für städtische Jugendprojekte mitwirken.
- » Organisation von Hackathons und digitalen Innovationswettbewerben, um Schüler:innen und Studierende anzuregen, KI-gestützte politische Lösungen, Datenvisualisierungstools und Smart-City-Anwendungen zu entwickeln.

Showcase

Die digitale Demokratieplattform „Decidim“⁸ in Barcelona ermöglicht es Schüler:innen, über städtische Initiativen abzustimmen und Gemeinschaftsprojekte vorzuschlagen, wodurch das direkte Engagement zwischen Jugendlichen und der lokalen Verwaltung gefördert wird.

⁸ Decidim. (n.d.). <https://decidim.org/>

D. Organisation von Co-Creation-Workshops und partizipativen Design-Labs

Städte sollten über rein konsultative Ansätze hinausgehen und Co-Creation-Modelle einführen, bei denen Schüler:innen und Studierende gemeinsam mit politischen Entscheidungsträger:innen, Stadtplaner:innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten.

Um partizipatives Design und bürgerschaftliche Innovation zu fördern, können Kommunen Folgendes tun:

- » Gemeinschaftsworkshops organisieren, in denen Schüler:innen und Studierende zu Stadterneuerungsprojekten beitragen, etwa durch Analysen zur Nutzung öffentlicher Räume, zur Barrierefreiheit und zu Nachhaltigkeitsoptionen.
- » Living Labs im öffentlichen Raum einrichten, in denen Schüler:innen und Studierende Ideen prototypisieren und Feedback aus der Gemeinde einholen, bevor diese umgesetzt werden.
- » Design-Thinking-Methoden anwenden, bei denen Schüler:innen, Studierende und Stadtplaner:innen gemeinsam realisierbare Lösungen für die Stadt entwickeln.
- » Strukturierte Diskussionsforen veranstalten, an denen junge Menschen und Entscheidungsträger:innen der Verwaltung teilnehmen.

Beispiel

Re-Value Business Challenge in Rijeka⁹ - Eine erfolgreiche Anwendung von Co-Creation-Workshops wurde bei der jährlich stattfindenden „Re-Value“ Business Challenge in Rijeka demonstriert. Die von der Stadt Rijeka organisierte Veranstaltung bringt 50 Schüler:innen zusammen und ermutigt sie, nachhaltige Projekte zu verschiedenen Themen zu entwickeln.

Firenze per il Clima¹⁰ - Diese von der Stadt Florenz geförderte Initiative bezog Schüler:innen der Sekundarstufe in die Entwicklung von Vorschlägen zur Bewältigung der Klimakrise auf lokaler Ebene ein. In Workshops, partizipativen Versammlungen und im Austausch mit lokalen Institutionen erarbeiteten die Schüler:innen Visionen und konkrete Maßnahmen für eine nachhaltigere und widerstandsfähigere Stadt. Der Prozess fand seinen Höhepunkt in der öffentlichen Präsentation der Vorschläge vor Vertreter:innen der Stadtverwaltung und stärkte so die politische Bildung sowie die Mitbestimmung von Jugendlichen in der Umweltpolitik.

⁹ Mbembic. (2023b, November 23). Natjecanje Poslovni izazov u Rijeci – srednjoškolci osmišljavali projekte vezane uz plavu ekonomiju i održivi razvoj – Grad Rijeka. Grad Rijeka. <https://www.rijeka.hr/natjecanje-poslovni-izazov-u-rijeci-srednjoskolci-osmisljavali-projekte-vezane-uz-plavu-ekonomiju-odrzivi-razvoj/>

¹⁰ Comune di Firenze – Firenze per il clima. (2024, May 1). Firenze per il clima. Firenze per il Clima. <https://firenzeperilclima.it/>

E. Förderung von studentischer Innovation und Unternehmertum



Eine weitere wirksame Methode der Einbindung ist die Unterstützung von studentischen Innovationen.

Um von Studierenden entwickelte Lösungen für urbane Herausforderungen zu fördern, sollten Kommunen:

- » Innovationszentren und Inkubatoren schaffen, in denen Studierende Start-ups mit den Schwerpunkten urbane Mobilität, Kreislaufwirtschaftsmodelle und soziale Innovation entwickeln können.
- » Finanzielle Mittel für studentische Initiativen bereitstellen, um sicherzustellen, dass Gemeinschaftsprojekte und Nachhaltigkeitsideen von der Stadtverwaltung unterstützt werden.
- » Pitch-Wettbewerbe organisieren, bei denen Studierende ihre Projekte vorstellen und dafür Feedback sowie – bei besonders gelungenen Ideen – Startkapital erhalten.
- » Interdisziplinäre Kooperationen fördern, indem Studierende unterschiedlicher Fachrichtungen zusammengebracht werden, um gemeinsam marktreife städtische Lösungen zu entwickeln.

Beispiel

Startup Incubator Rijeka – Fostering Youth Innovation and Entrepreneurship¹¹. *Der Startup-Inkubator Rijeka ist ein von der Stadt betriebenes Programm, das junge Unternehmer:innen – darunter Studierende und Absolvent:innen – bei der Entwicklung innovativer Geschäftsideen unterstützt. Der Inkubator wird von der Abteilung für Unternehmertum der Stadt Rijeka geleitet und bietet den Teilnehmenden kostenlosen Zugang zu Mentoring, Coworking-Spaces, Workshops sowie fachkundiger Beratung in den Bereichen Geschäftsentwicklung, Marketing, Rechtsfragen und Pitching.*

Das Programm verfolgt folgende Ziele:
Jugendliche mit unternehmerischen Fähigkeiten und Problemlösungskompetenzen ausstatten.

Studierende mit realen Herausforderungen und lokalen Innovationsökosystemen in Kontakt bringen.

Teamorientiertes Lernen und interdisziplinäre Zusammenarbeit fördern.

Indem der Inkubator den Übergang von der Idee zum Prototyp und sogar zur Gründung eines Start-ups erleichtert, ermutigt er junge Menschen, eine aktive Rolle bei der Gestaltung ihres wirtschaftlichen Umfelds zu übernehmen. Er arbeitet häufig mit lokalen Hochschulen zusammen und ist damit ein erfolgreiches Beispiel für sektorübergreifende Zusammenarbeit. Diese Initiative zeigt, wie Kommunen das Engagement von Studierenden über die formale Bildung hinaus unterstützen können – durch innovationsgetriebene Entwicklung im Einklang mit den Zielen einer Smart City.

Weitere Informationen finden Sie unter: <https://startup.rijeka.hr>

¹¹ Exevio. (n.d.-b). Startup inkubator. <https://startup.rijeka.hr/>

Beispiel

Das Urban Innovation Laboratory¹² in Portugal. Dieses Labor dient als Kooperationszentrum, in dem technische Mitarbeitende der Stadtverwaltung, private Unternehmen, Universitäten und Forschungszentren gemeinsam innovative Projekte in den Bereichen Mobilität, ökologische Nachhaltigkeit und Stadtmanagement entwickeln. Das Labor nimmt Master- und Doktorand:innen für Praktika und Aktionsforschungsprojekte auf und fördert so die interdisziplinäre Zusammenarbeit und die direkte Unterstützung studentischer Initiativen durch die Stadtverwaltung. Seit seiner Gründung hat das Labor rund 60 Forschende aufgenommen, was zu Projekten wie intelligenten Kreuzungen und der Neuzuweisung öffentlicher Räume geführt hat – ein Beweis für den konkreten Einfluss studentischer Innovationen auf die Stadtpolitik und Infrastruktur.

EUREKA Urban Innovators Labs¹³. Diese im Rahmen des E+ EUREKA-Projekts entwickelte Initiative hat in Zusammenarbeit mit Universitäten in fünf europäischen Städten Living Labs eingerichtet. Diese Labore befassen sich mit realen städtischen Herausforderungen in den Bereichen Klimamaßnahmen, soziale Inklusion und Governance. In Workshops, Mentoring-Sitzungen und Praxisprojekten entwerfen die Studierenden gemeinsam Vorschläge, die im öffentlichen Raum getestet und mit den lokalen Verwaltungen diskutiert werden. Die Labore dienen als Plattformen für angewandtes Lernen und bürgerschaftliches Unternehmertum und verwandeln akademische Umgebungen in Motoren für städtische Innovation und partizipative Politikgestaltung.

¹² Urban Innovation Laboratory. (2025, June 6). <https://www.interregeurope.eu/good-practices/urban-innovation-laboratory>

¹³ Redazione, L. (2022, October 24). EUREKA – Training urban innovators. LAMA. <https://agenziaalama.eu/appunti/news/eureka-training-urban-innovators/>

F. Förderung der Vertretung junger Menschen in der Politikgestaltung



Um sicherzustellen, dass das Engagement der Studierenden nicht auf einzelne Projekte beschränkt bleibt, müssen die Kommunen die Stimmen junger Menschen direkt in die Verwaltungsstrukturen integrieren.

Zu den wichtigsten Ansätzen gehören:

- » Einrichtung kommunaler Jugendräte, in denen junge Menschen an Stadtplanungsdiskussionen und der Zuweisung von Haushaltsmitteln teilnehmen.
- » Durchführung von Bürger:innenversammlungen speziell für Jugendliche, um sicherzustellen, dass die kommunale Politik ihre Perspektiven und Prioritäten widerspiegelt.
- » Einladung von studentischen Vertreter:innen in politische Beratungsgremien, um sicherzustellen, dass ihre Erkenntnisse in die Entscheidungsprozesse einfließen.
- » Entwicklung von Beteiligungsformaten, in denen junge Menschen direkt an der Gestaltung der städtischen Bildungs-, Verkehrs- und Digitalpolitik beteiligt sind.

Kommunen haben die einzigartige Möglichkeit, die Kreativität, das Fachwissen und das bürgerschaftliche Engagement von Schüler:innen und Studierenden durch strukturierte Beteiligungsmethoden zu nutzen. Durch die Integration in den Lehrplan, digitale Beteiligungsplattformen, Co-Creation-Workshops und die Vertretung in der Jugendpolitik können Städte sicherstellen, dass Schüler:innen und Studierende aktiv zur Stadtverwaltung und zu langfristigen bürgerschaftlichen Innovationen beitragen.

Durch die Anwendung dieser praktischen Formen der Beteiligung können lokale und regionale Behörden eine Kultur der partizipativen Demokratie fördern. So wird sichergestellt, dass junge Menschen darauf vorbereitet sind, die Städte der Zukunft mitzugestalten, und schon heute befähigt werden, Innovation und Nachhaltigkeit voranzubringen.

Beispiel

Jugendrat der Stadt Rijeka – Institutionalisierung der Jugendbeteiligung.

Der Rijeka's Youth Council ¹⁴ ist ein formelles Beratungsgremium, das vom Stadtrat eingerichtet wurde, um die aktive Beteiligung junger Menschen an lokalen öffentlichen Angelegenheiten zu fördern. Er setzt sich aus jungen Menschen im Alter von 15 bis 30 Jahren zusammen, die im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung ausgewählt und vom Stadtrat für eine Amtszeit von drei Jahren ernannt werden. Der Rat fungiert als Brücke zwischen der jugendlichen Bevölkerung und den Stadtbehörden, schlägt Initiativen vor, äußert Meinungen und gibt Empfehlungen zu Themen ab, die junge Menschen betreffen.

Der Rat beteiligt sich an der Gestaltung der Jugendpolitik, der Kultur- und Bildungsprogramme sowie der Strategien zur Verbesserung der Lebensbedingungen junger Menschen in Rijeka. Er arbeitet mit Schulen, Jugendorganisationen und städtischen Ämtern zusammen und sorgt dafür, dass die Stimme der jüngeren Generation in Entscheidungsprozessen Gehör findet.

Indem Rijeka Jugendlichen eine strukturierte, kontinuierliche Rolle in der Stadtverwaltung einräumt, zeigt die Stadt, wie Kommunen das Engagement junger Menschen institutionalisieren können. Dieses Modell trägt dazu bei, das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein, die Führungsqualitäten und das politische Bewusstsein junger Menschen zu stärken, und kann in anderen Städten, die die Vertretung junger Menschen in lokalen Entscheidungsprozessen stärken möchten, übernommen werden.

¹⁴ Youth Council – City of Rijeka. (2024, October 31). City of Rijeka.
<https://www.rijeka.hr/en/city-government/city-council/youth-council/?noredirect=en-GB>

Beispiel

Das Finland's statutory system of municipal youth councils¹⁵ ist ein herausragendes europäisches Beispiel für die Förderung der Vertretung junger Menschen in der Politikgestaltung. Gemäß dem finnischen Gemeindegesetz ist jede Gemeinde verpflichtet, einen Jugendrat oder eine gleichwertige Aktionsgruppe einzurichten, die jungen Menschen das formelle Recht einräumt, sich an der Planung, Vorbereitung, Umsetzung und Nachbereitung von Aktivitäten in Bereichen wie Bildung, Umwelt, Verkehr und öffentliche Gesundheit zu beteiligen. Diese Räte bestehen in der Regel aus gewählten Vertretern lokaler Schulen und Bildungseinrichtungen und sind befugt, Einfluss auf Stadtplanungsdiskussionen, Mittelzuweisungen und die Politikentwicklung sowohl auf kommunaler als auch auf Kreisebene zu nehmen.

Beispiel

Borgo Prossima – Spazi ai Giovani (Tuscany, Italy)¹⁶ – Dieser partizipative Prozess, der von der Gemeinde Borgo San Lorenzo und der Region Toscana gefördert wurde, bezog über 150 junge Menschen in die Neugestaltung öffentlicher Räume für Jugendliche ein. Durch Versammlungen, Workshops und gemeinsames Kartografieren identifizierten die Schüler:innen ungenutzte Flächen und schlugen Projekte vor, die von Kulturzentren bis zu Treffpunkten im Freien reichten. Der Prozess gipfelte in einem von Jugendlichen verfassten Vorschlagsdokument, das der lokalen Verwaltung offiziell vorgelegt wurde und Einfluss auf die Raumplanung und Jugendpolitik nahm. Es handelt sich um ein reproduzierbares Modell für die Einbindung der Stimmen junger Menschen in die territoriale Entwicklung und die Erneuerung von Gemeinden.

¹⁵ 5.3 Youth representation bodies. (n.d.). <https://national-policies.eacea.ec.europa.eu/youthwiki/chapters/finland/53-youth-representation-bodies>

¹⁶ Home - Borgo prossima | Spazi ai giovani - Open Toscana. (n.d.). Borgo Prossima | Spazi Ai Giovani. <https://partecipa.toscana.it/web/borgo-prossima-spazi-ai-giovani>

2.6 Hochschulen, weiterführende Schulen und Schüler:innen zur Zusammenarbeit motivieren

Um Hochschulen, weiterführende Schulen und Schüler:innen erfolgreich in Stadtentwicklungsinitiativen einzubinden, bedarf es mehr als nur Öffentlichkeitsarbeit. Es erfordert einen gut strukturierten Ansatz, der auf gegenseitigem Nutzen, Chancen und langfristigem Engagement basiert. Lokale und regionale Behörden müssen die Motivationen aller Bildungsakteur:innen erkennen und aktiv Rahmenbedingungen schaffen, die eine sinnvolle, zugängliche und lohnende Beteiligung ermöglichen.

A. Anreize für Engagement schaffen



Um eine nachhaltige Beteiligung zu motivieren, sollten die Behörden die bürgerschaftliche Zusammenarbeit in die Bildungsrahmenbedingungen integrieren und Belohnungsmechanismen schaffen, die mit den akademischen, sozialen und beruflichen Zielen der Schüler:innen und Institutionen in Einklang stehen.

Zu den wirksamen Anreizen gehören:

- » **Akademische Anerkennung:** Akademische Anerkennung: Behörden können mit Universitäten zusammenarbeiten, um bürgerschaftliche Projekte durch problemorientiertes Lernen und Capstone-Kurse in die Lehrpläne zu integrieren. Beispielsweise können Studierende im Rahmen ihrer Studienleistungen an realen kommunalen Herausforderungen wie der Optimierung des Verkehrs oder der Abfallreduzierung arbeiten.
- » **Forschungsmöglichkeiten:** Kommunen können Finanzmittel oder Ressourcen für universitäre Forschungsprojekte zur Verfügung stellen, die sich mit lokalen Themen befassen, und so Hochschulen dazu ermutigen, anwendungsorientierte, gemeindebezogene Projekte zu priorisieren.
- » **Praktika und Stipendien:** Strukturierte Praktika in öffentlichen Einrichtungen ermöglichen es Studierenden, Erfahrungen zu sammeln und gleichzeitig Innovationen zu unterstützen.
- » **Öffentliche Anerkennung** und berufliche Präsenz: Zertifikate, Auszeichnungen und die mediale Bekanntmachung der Beiträge der Studierenden tragen dazu bei, den Wert ihres Engagements zu bestätigen und Gleichaltrige zu motivieren.

B. Plattformen für gemeinsames Handeln einrichten



Um Bildungspartner zu gewinnen, ist auch eine Verlagerung von episodischen Veranstaltungen hin zu langfristigen Kooperationsökosystemen erforderlich.

Kommunen sollten die Einrichtung folgender Einrichtungen in Betracht ziehen:

- » **Städtische Innovationslabore**, in denen Studierende, Forschende und Verwaltungsmitarbeitende gemeinsam städtische Lösungen entwerfen und testen. Das Stadtlabor von Rijeka im Rahmen des CEKOM-Projekts ist ein solches Beispiel, das die Zusammenarbeit zwischen Studierenden, Bürger:innen und Expert:innen zu Themen der intelligenten Stadt fördert.
- » **Gemeinschaftsbasierte Projekte**, bei denen Schüler:innen lokale Regenerationsbemühungen unterstützen. Das ReValue-Projekt in Rijeka bezog Schüler:innen und Bürger:innen in partizipative Design-Workshops ein, um die Zukunft des Export Drvo-Geländes zu entwerfen – ein postindustrieller Raum, der nun durch Co-Creation neu gestaltet wird.
- » **Bildungswettbewerbe und Hackathons** wie die „Revalue Business Challenge“ in Rijeka, bei der Schüler:innen der Sekundarstufe Projektvorschläge rund um die Themen Blue Economy und Nachhaltigkeit entwickelten. Diese Initiativen verbinden Bildung mit Innovation und vermitteln den Schüler:innen ein Gefühl von Sinnhaftigkeit und Mitwirkung.

C. Integration von Zusammenarbeit in Lehrpläne



Eine grundlegende Strategie besteht darin, die Zusammenarbeit mit Behörden innerhalb von Bildungsprogrammen zu institutionalisieren.

Kommunen können:

- » Partnerschaften mit weiterführenden Schulen eingehen, um Kurse zum bürgerschaftlichen Engagement einzuführen, die Module zu Nachhaltigkeit, partizipativer Governance und urbaner Innovation umfassen.
- » Universitäten offene Datensätze und lokale politische Herausforderungen für studentische Forschungs- und Abschlussarbeiten zur Verfügung stellen.
- » Interdisziplinäre Kurse gemeinsam mit Universitäten entwickeln, in denen Studierende verschiedener Fachbereiche an gemeinsamen kommunalen Projekten arbeiten.

D. Erfolge teilen und Sichtbarkeit schaffen



Sichtbarkeit spielt eine entscheidende Rolle für die Aufrechterhaltung des Engagements. Die Behörden sollten aktiv Kooperationsbemühungen fördern, um eine Kultur der Anerkennung und des öffentlichen Interesses zu schaffen.

Zu den Strategien gehören:

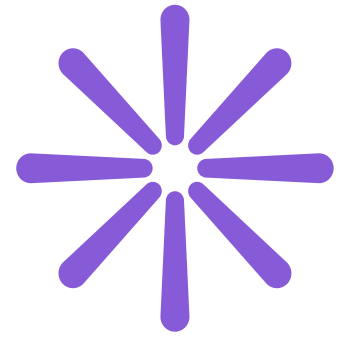
- » Dokumentation und Veröffentlichung von Fallstudien zu studentischen Initiativen, die nachweislich konkrete Wirkungen erzielt haben.
- » Veranstaltung öffentlicher Ausstellungen oder Foren, um die Projektergebnisse zu präsentieren.
- » Nutzung lokaler Medien und kommunaler Portale, um die Rolle von Studierenden und Hochschulen bei der Gestaltung der städtischen Zukunft zu verstärken.

Beispiel

Die Stadt Rijeka hat über ihre Uključi se ("Get Involved")¹⁷, aktiv bürgerliche Initiativen gefördert, die gemeinsam von Studierenden und Bürger:innen ins Leben gerufen wurden. Diese wurden in den lokalen Medien breit geteilt, was zu einer größeren Bekanntheit und öffentlichen Wertschätzung führte.

¹⁷ GET INVOLVED! (n.d.). <https://op.europa.eu/webpub/com/get-involved/en/index.html>

HEISCITI-Pilotprojekte: Ergebnisse des Engagements



A. HEISCITI-Pilotprojekt Hochschule der Medien, Stuttgart

Das Pilotprojekt „HEIs as Innovative Triggers of Sustainable Development in European Cities in Post Covid-19 era“ (HE-IsCITI) in Stuttgart zeigte ein wirksames Modell zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Stadtentwicklung. Der von der HdM Stuttgart durchgeführte Kurs wurde von 11 Master- und Bachelor-Studierenden besucht, die sich freiwillig dafür angemeldet hatten. Viele von ihnen nahmen die Situation der Innenstädte in ihren Heimatorten nach COVID-19 als Anlass für ihr Engagement.

Ziel des Pilotprojekts war es, die Studierenden zu befähigen, eine inklusive und nachhaltige Stadtentwicklung aktiv mitzugestalten, indem sie die Kommunikation zwischen Bürger:innen und Verwaltung verbessern, die Bedürfnisse der Bürger:innen verstehen und zur aktiven Beteiligung an der Planung für leerstehende Stadtgebiete ermutigen. Zu den wichtigsten Lernergebnissen gehörten das Verständnis partizipativer Ansätze, das Erkennen der Bedürfnisse der BürgerInnen sowie das Erlernen von Methoden und Instrumenten zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

Wichtige Methoden für die Bürger:innenbeteiligung:

Der Kurs nutzte praktische Instrumente und Methoden:

Storytelling und Persona Canvas: Wurden verwendet, um Zielgruppen zu definieren und Narrative für die Resonanz in der Gemeinschaft zu strukturieren.

Fokusgruppentreffen: An einem Online-Treffen nahmen studentische Teams, Stadtverwaltung, Wirtschaft und Kreativwirtschaft teil, um thematische Bereiche zu priorisieren. Ideenfindungsmethoden: Brainstorming und Brainwriting zur gemeinsamen Lösungsentwicklung.

Öffentliche Präsentation (Urban Innovation Lab): Eine abschließende öffentliche Veranstaltung (Ausstellung und Pitch) in einem zentral gelegenen „Living Lab“ (einem leerstehenden Ladenlokal) ermöglichte es den Studierenden, ihre Ideen der Öffentlichkeit, Vertreter:innen der Stadt und anderen Interessengruppen vorzustellen und direktes Feedback zu erhalten.

Lösungen und Ergebnisse der Studierenden:

Students formed two teams:

Urban Culture Club: Ein nicht-kommerzielles „zweites Wohnzimmer“ für Erwachsene, das die Gemeinschaft stärkt, einen sicheren Raum bietet und Menschen mit ähnlichen Interessen zusammenbringt.

Die Grüne Bühne: Leerstehende Räume als Plattform für lokale Nachhaltigkeitsinitiativen zu nutzen, Visionen sichtbar zu machen und den Austausch innerhalb der Gemeinschaft zu fördern.

Das Pilotprojekt hat gezeigt, dass es Bürgerbeteiligung und zivilgesellschaftliches Engagement wirksam fördert. Deshalb wird empfohlen, den Kurs an weiteren Institutionen einzuführen, das praktische Lernen durch Workshops auszubauen und Partnerschaften zwischen unterschiedlichen Bereichen zu stärken. So können junge Menschen Schritt für Schritt die nötigen Fähigkeiten und die Motivation entwickeln, um sich aktiv an Stadtplanung und -verwaltung zu beteiligen.

B.

Pilotprojekt Mykolas-Romeris-Universität, Litauen

Der Kurs „Partizipationsmanagement: Instrumente für Bürger:innenbeteiligung und Stärkung der Gemeinschaft“ wurde im Rahmen des Erasmus+-Projekts HEIsCITI entwickelt und im Sommersemester 2024 (Februar bis Juni) an der Mykolas-Romeris-Universität durchgeführt. Er war Teil des Moduls „Forschungsmethodik“ (6 ECTS) am Institut für Kommunikation der Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften. 11 Studierende im ersten Jahr des Masterstudiengangs „Kommunikation und kreative Technologien“ haben daran teilgenommen.

Die Studierenden besuchten Vorlesungen zu den Themen 1) Beteiligung der Gemeinschaft an Entscheidungsprozessen, 2) Einbeziehung der Bürger:innen in die Entwicklung der Gemeinden, 3) Resilienz fördern: Innovative partizipative Methoden in der Post-COVID-Ära am Beispiel Kroatiens, 4) Design Thinking: Phasen und Aktivitäten, kreative Techniken für jede Phase sowie Werkzeuge für Design-Thinking-Aktivitäten und 5) Forschungsmethoden zur Sammlung von Informationen über Fälle und zur Präsentation der Ergebnisse. Nach diesem theoretischen Input wurde ein Treffen mit Vertreter:innen der Gemeinde Joniskis organisiert, darunter der Vizebürgermeister¹⁸. Der Vizebürgermeister stellte die Gemeinde vor und lud die Studierenden ein, die Kommunikation der Gemeinde zu analysieren. Auf diese Weise wurde eine Verbindung zwischen dem Studienprogramm und der praktischen Arbeit der Gemeinde hergestellt. Anschließend bildeten die Studierenden Zweiergruppen, um die gewählten Themen zu untersuchen und folgende Fragen zu beantworten:

¹⁸ There are 60 municipalities in Lithuania. Joniskis district municipality is located in northern Lithuania, on the border with Latvia. With an area of 1152 km² (1.8% of the area of Lithuania), the population of the municipality on 1 January 2022 was 20 898.

- » Was zeichnet die derzeitige Bürger:innenbeteiligung im Bezirk Joniskis aus?
- » Welche Faktoren könnten Bürger:innen dazu motivieren, sich wirksam an politischen Entscheidungen zu beteiligen, die ihr Leben direkt betreffen?
- » Was sind die Kommunikationsziele und -prioritäten sowie die wichtigsten Themen der Gemeindeverwaltung von Joniskis?
- » Welche Merkmale haben die täglichen Nachrichten?
- » Wie effektiv nutzt die Gemeinde soziale Netzwerke, um in Krisenzeiten Informationen zu verbreiten?
- » Welche Faktoren könnten die Gemeinschaft motivieren, sich an der Kommunikation der Gemeinde über soziale Netzwerke zu beteiligen?

Wichtige Methoden:

Kommunikationsaudit für den ausgewählten Fall, Forschungsmethoden: Umfrage, Interview, Beobachtung/Monitoring [Phase hervorheben]

Kreative Techniken, z. B. LOTUS, DISNEY, ACTIVE MEETING [Definitionsphase]

Methoden zum Sortieren von Ideen, z. B. 20 Verwendungsmöglichkeiten für einen Löffel, 6 de Bono-Hüte [Ideenfindungsphase]

Kreative Techniken, z. B. Storyboard, Fake it [Prototyp-Phase]

Präsentationsformat Pitch/Pecha Kutcha mit ausführlicher Reflexion für öffentliche Präsentationen und Feedback-Sammlung von der Gemeinde Joniskis während des Besuchs in Joniskis [Testphase]

Eingesetzte Tools:

- » Secondary research tool
- » Stakeholders map
- » Challenges and opportunities tool

Lösungen und Ergebnisse der Studierenden

Die Studierenden befragten sowohl Bürger:innen als auch Kommunikationsexpert:innen der Gemeinde und führten zusätzlich eine Inhaltsanalyse der Website und der Social-Media-Kanäle durch. Anschließend erarbeiteten sie Ergebnisse und Vorschläge, die während des Treffens in Joniskis vorgestellt wurden. Ihre Aufgaben umfassten überdies: das Festlegen von Zielen, die Entwicklung eines Arbeitsplans, die Datensammlung, die Identifizierung von Problemen, die Ausarbeitung von Lösungen und Verbesserungsvorschlägen, die Präsentation ihrer Visionen vor lokalen Entscheidungsträger:innen und der Öffentlichkeit sowie eine abschließende Reflexion.

Beispiel

Studierende, die die Einstellung der Einwohner:innen von Joniskis zum Thema Bürger:innen beteiligung untersuchen wollten, führten eine Fragebogenumfrage durch.

Die Bürger:innen gaben an¹⁹, dass die am häufigsten genutzte Beteiligungsmethode Umfragen der Gemeinde sind: Ein Viertel äußert seine Meinung über Fragebögen. Ein Fünftel nimmt an Online-Sitzungen teil. Rund 10 % besuchen Gemeindeversammlungen, die von der Verwaltung organisiert werden. Zwei Drittel der Befragten wünschen sich qualitativ bessere Informationen von ihrer lokalen Behörde.

In den offenen Antworten äußerten die Befragten den Wunsch nach häufigeren und klareren Informationen über die Vorbereitung und Ergebnisse von Entscheidungen – per E-Mail, über soziale Netzwerke, die lokale Presse und die Website der Gemeinde. Kritisiert wurde außerdem ein Mangel an Informationen zum Fortgang von Prozessen, zu Feedback sowie zu den Inhalten und organisatorischen Details von Sitzungen (Themen, Datum, Uhrzeit, Ort, Dauer). Viele Befragte vermissen zudem die Möglichkeit, aus der Ferne an Sitzungen teilzunehmen oder über Umfragen in den Entscheidungsprozess eingebunden zu werden.

Die Einwohner:innen des Bezirks Joniskis stufen ihr eigenes Maß an aktiver Beteiligung überwiegend als „Nichtbeteiligung“ ein. Sie betonten, dass mehr Bildung, die Einbeziehung junger Menschen, die Verdeutlichung von Vorteilen sowie bessere Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten nötig seien, um mehr Menschen einzubinden. Gleichzeitig kritisierten 74 % einen Mangel an Initiativen der Gemeinde, 75 % bemängelten fehlende Informationen über Beteiligungsoptionen und 67 % fehlendes Feedback oder Rückmeldungen im Nachhinein. 53 % äußerten zudem die Sorge, dass negative Ergebnisse von Beteiligungsinitiativen Risiken bergen könnten. Weniger Befragte gaben persönliche Gründe für ihre Nichtbeteiligung an – vor allem Apathie, Zeitmangel durch berufliche Verpflichtungen oder Unsicherheit über den Beteiligungsprozess.

Die Studie identifizierte zentrale Kommunikationsbedürfnisse der Bürger:innen von Joniskis, die für eine erfolgreiche Beteiligung entscheidend sind. Das Fehlen von Informationen wurde als Haupthindernis benannt. Sie legt nahe, dass die Erfüllung dieser Informations- und Kommunikationsbedürfnisse zu einem aktiveren bürgerschaftlichen Engagement beitragen kann.

Die Studierenden präsentierten ihre Ergebnisse und Empfehlungen der Stadtverwaltung, den Projektmitarbeitenden sowie der Universitätsgemeinschaft, um den neuen Kurs bekannt zu machen. Durch ihre Teilnahme wurden sie sich der Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements bewusster. Zugleich erwarben sie Kenntnisse und Fähigkeiten, um die Beziehungen zwischen Bürger:innen und lokalen Behörden zu stärken. Indem der Kurs Partnerschaft und gegenseitigen Respekt förderte, fühlten sich die Studierenden befähigt, gewünschte Veränderungen bei den Verantwortlichen der Stadt einzubringen und mithilfe von Instrumenten zur Stärkung der Gemeinschaft aktiv Verbesserungen voranzutreiben.

¹⁹ PARTICIPANTS: 213 adults (41% men, 59% women; 47% - aged 18 - 29; 19% - aged 30 - 39, 16% - aged 40 - 49; 8% - aged 50-59, 10% - aged 60+)

B.

HEIsCITI-Pilotprojekt Akademia WSB, Polen

An einer der Zweigstellen der Universität in Cieszyn wurde ein Pilotprojekt durchgeführt, bei dem ein projektbasierter Lernansatz zum Einsatz kam, ergänzt durch ausgewählte Methoden des Design Thinking. Die Initiative konzentrierte sich auf die unmittelbare städtische Umgebung des Universitätsgebäudes, die etwas vernachlässigt worden war. Auf der Grundlage der ermittelten Bedürfnisse der lokalen Interessengruppen arbeiteten die Studierenden an Möglichkeiten zur Revitalisierung des Stadtviertels, wobei der Schwerpunkt auf Inklusion und Nachhaltigkeit lag. Der Kurs richtete sich an Bachelor-Studierende im Rahmen eines projektbasierten Moduls.

Wichtige Methoden für die Bürgerbeteiligung:

Im Kurs wurden folgende Instrumente und Methoden genutzt:

Stakeholder-Mapping – Identifizierung der wichtigsten Akteur:innen, die von dem Projekt betroffen sind oder es beeinflussen

Spatial Mapping – Visualisierung von Räumen und Interaktionsbereichen in der Nachbarschaft

Feldbeobachtungen – Verständnis dafür entwickeln, wie die Interessengruppen den Raum nutzen und welche Bedürfnisse sie haben

Ideenfindung – Gruppen-Brainstorming zur Entwicklung innovativer Lösungen

Öffentliche Präsentation – Die Studierenden präsentierten ihre Konzepte vor Vertreter:innen der lokalen Behörden, Mitarbeitenden der Universität und Mitgliedern der Gemeinde, um einen direkten Dialog und Feedback zu ermöglichen

Lösungen und Ergebnisse der Studierenden:

TEAM 1:

Barrierefreiheit – Die Gruppe konzentrierte sich auf die Entwicklung von Lösungen, die die Nutzung des öffentlichen Raums gemäß den Grundsätzen der Barrierefreiheit erleichtern.

TEAM 2:

Begrünung rund um das Universitätsgebäude – dieses Team arbeitete an der Planung der Umgebung der Universität im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung.

TEAM 3:

Gemeinsamer sozialer Raum unter Einbeziehung benachbarter Grundstücke – das Team entwickelte Ideen, wie die Zusammenarbeit mit Interessengruppen umgesetzt werden könnte, um das Viertel zu revitalisieren und Beziehungen zu fördern.

TEAM 4:

Parkplatz und Lernbereich im Freien – dieses Team befasste sich mit dem schwierigen Problem der übermäßigen Anzahl von Autos, die rund um das Gebäude geparkt sind und die Nutzung des Raums für die Erholung der Nutzer:innen und für Aktivitäten im Freien einschränken.

Das Pilotprojekt in Cieszyn ermöglichte es den Studierenden, gemeinsam integrative und nachhaltige Lösungen zu entwickeln, die auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Interessengruppen zugeschnitten sind. Vier studentische Teams befassten sich nicht nur mit dem Problem der verlassenen Nachbarschaft, sondern auch mit wichtigen sozialen Herausforderungen wie Barrierefreiheit, Grünflächen, sozialer Integration und Verkehrsfragen. Partizipative Instrumente trugen dazu bei, die Kommunikation zwischen Studierenden, Bürger:innen und lokalen Behörden zu verbessern. Das Projekt zeigte, wie akademische Einrichtungen gemeinschaftsorientierte städtische Innovationen vorantreiben können.

2.6.1 Fahrplan zur Stärkung des Engagements von Studierenden und Jugendlichen

Die Stärkung des Engagements von Studierenden und Jugendlichen in regionalen und lokalen Angelegenheiten ist ein komplexer Prozess, der einen strategischen Ansatz und konsequentes Handeln erfordert. Diese Zielgruppen lassen sich am besten dazu motivieren, ihr Interesse an der Entwicklung ihrer lokalen Gemeinschaft zu entwickeln, die ihnen am Herzen liegt und die sie besser kennen. Der folgende Fahrplan stellt die wichtigsten Etappen dieses Prozesses dar.

Phase I

Diagnose und strategische Planung

Alle Maßnahmen sollten auf einem gründlichen Verständnis der Situation, der Bedürfnisse und des Potenzials junger Menschen in der lokalen Gemeinschaft basieren.

Ermittlung von Bedürfnissen, Hindernissen und Potenzialen von Studierenden und Jugendlichen in der lokalen Gemeinschaft

Es ist entscheidend, ein verlässliches Bild der lokalen Jugendgemeinschaft zu gewinnen – ihrer Probleme, Wünsche, vorhandenen Ressourcen, Erwartungen an die lokale Regierung und Möglichkeiten zur Mitwirkung. Diese Diagnose darf nicht allein von Behörden oder externen Fachleuten gestellt werden. Die aktive Beteiligung von Studierenden und Jugendlichen ist in dieser Phase unverzichtbar: Sie macht die Ergebnisse relevanter und schafft ein Gefühl gemeinsamer Verantwortung.

Hierbei können unterschiedliche quantitative und qualitative Methoden eingesetzt werden, darunter Umfragen (online und offline), Einzel- und Gruppeninterviews (z. B. Fokusgruppen), Workshops mit Jugendlichen, die Analyse bestehender Daten (z. B. Demografie, Infrastruktur, Bildungs- und Kulturangebote), die Erfassung von Bedarfen und Ressourcen der Gemeinschaft sowie teilnehmende Beobachtungen.

Ein wesentlicher Bestandteil ist die Ermittlung von Hindernissen, die eine aktive Beteiligung erschweren. Dazu zählen etwa Zeitmangel durch schulische oder berufliche Verpflichtungen, das Gefühl, keinen echten Einfluss auf Entscheidungen zu haben, geringes Vertrauen in Institutionen und Politik oder infrastrukturelle Defizite wie fehlende Treffpunkte und schlechte Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr – Probleme, die besonders in kleineren Städten und ländlichen Regionen ins Gewicht fallen.

Gemeinsame Festlegung von Zielen und Prioritäten mit Studierenden und Jugendlichen

Ein partizipativer Ansatz in der Planungsphase ist Voraussetzung für eine spätere authentische Beteiligung. Junge Menschen sollen einen spürbaren Einfluss auf Strategien und Programme haben, die sie direkt betreffen; ihre Stimmen müssen gehört und berücksichtigt werden. Ob SWOT-Analyse, Zieldefinition oder öffentliche Konsultationen – dieser Ansatz zeigt, wie wertvoll echte Mitgestaltung ist.

Entwicklung einer lokalen Strategie bzw. eines Aktionsprogramms für Jugendbeteiligung

Das Ergebnis der Diagnose und der gemeinsamen Zielbestimmung sollten in ein formelles Dokument münden – eine lokale Strategie oder ein Aktionsprogramm zur Einbindung von Studierenden und Jugendlichen. Dieses Dokument muss mit den übrigen Entwicklungsplänen der Gemeinde im Einklang stehen und auf belastbaren Daten beruhen. Es sollte klare Ziele (allgemein und spezifisch), konkrete Maßnahmen, einen Zeitplan, messbare Indikatoren und einen realistischen Finanzierungsplan enthalten. Der Entstehungsprozess muss transparent sein und eine Vielzahl von Akteur:innen einbeziehen – allen voran die Jugendlichen selbst, daneben aber auch Vertreter:innen von Universitäten, Schulen, NGOs, Kulturinstitutionen und Unternehmen.

Eine echte Einbindung von Jugendlichen bereits in der Diagnose- und Planungsphase legt das Fundament für eine gemeinsame Verantwortung gegenüber der Zukunft der Gemeinschaft. Wenn junge Menschen sehen, dass ihre Stimmen gehört und in Plänen wirklich berücksichtigt werden, steigt ihre Bereitschaft, sich aktiv an der Umsetzung zu beteiligen und sich mit den Zielen zu identifizieren. Werden sie hingegen nicht einbezogen, drohen Programme, die an ihren Bedürfnissen vorbeigehen – mit der Folge von Desinteresse und geringer Beteiligung. Die Investition in partizipative Planung zahlt sich deshalb durch höheres Engagement, gezieltere Initiativen und nachhaltigere Ergebnisse aus.

Phase II

Umsetzung von Maßnahmen und Initiativen

Nach der Entwicklung des strategischen Rahmens folgt in der nächsten Phase die praktische Umsetzung konkreter Maßnahmen und Initiativen zur Stärkung des Engagements von jungen Menschen.

Instrumente zur Einbindung von jungen Menschen

Kommunalverwaltungen sollten ein breites Spektrum an Beteiligungsmethoden und -instrumenten nutzen, um flexibel auf unterschiedliche Bedürfnisse und Kontexte reagieren zu können. Der Auswahl konkreter Formate sollte stets eine Analyse ihrer Eignung für die lokalen Gegebenheiten vorausgehen – ergänzt durch eine Diagnose der Bedarfe von jungen Menschen sowie eine Prüfung der verfügbaren Ressourcen.

Eine Liste mit Empfehlungen findet sich im Dokument „*Active Participation Tools: A Handbook for Civic Engagement Facilitators*“ (Werkzeuge für aktive Beteiligung: Ein Handbuch für Moderator:innen bürgerschaftlichen Engagements). Dieses Dokument wurde ebenfalls im Rahmen des HEIsCITI-Projekts entwickelt.

Anpassung national und international bewährter Verfahren an den lokalen Kontext

Diese Leitlinien können als Anregung für entsprechende Aktivitäten dienen und zeigen Erfahrungen anderer Kommunen und lokaler Akteur:innen, die erfolgreich Programme zur Einbindung von Studierenden und Jugendlichen umgesetzt haben. Entscheidend ist jedoch, nicht einfach fertige Lösungen zu übernehmen, sondern sie kreativ an die Besonderheiten der eigenen Gemeinschaft, ihre Kultur, Ressourcen und Herausforderungen anzupassen. Die Beteiligung von Interessengruppen – einschließlich Studierender und Jugendlicher – sollte daher stets maßgeschneidert sein: Bewährte Verfahren können als Inspiration dienen, sind aber keine fertigen Rezepte.

Aufbau von Partnerschaften und Kooperationsnetzwerken

Eine wirksame Einbindung von Jugendlichen ist kaum im Alleingang möglich. Es ist notwendig, starke Partnerschaften und Kooperationsnetzwerke mit verschiedenen Einrichtungen aufzubauen. Dazu gehört die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Universitäten und weiterführenden Schulen, lokalen Kultur- und Sporteinrichtungen sowie der Wirtschaft, die beispielsweise Praktikumsprogramme oder Mentoring-Unterstützung anbieten kann. Wichtig ist auch der Aufbau von Kontaktnetzwerken und Plattformen für die gegenseitige Unterstützung zwischen Personen und Organisationen, die bereits in Aktivitäten für junge Menschen involviert sind, um so den Erfahrungsaustausch zu fördern und Synergien zu schaffen.

Phase III

Vorgehensweise – wichtige Aspekte der Umsetzung

Die Einführung von Initiativen ist nur der Anfang. Die Art und Weise, wie sie durchgeführt werden, hat einen entscheidenden Einfluss auf das tatsächliche Engagement junger Menschen und die erzielten Ergebnisse.

Sicherstellung der Autonomie und des tatsächlichen Einflusses von jungen Menschen

Damit das Engagement authentisch ist, müssen junge Menschen das Gefühl haben, dass sie einen echten Einfluss auf die getroffenen Entscheidungen und die Gestaltung der umgesetzten Maßnahmen haben. Sie sollten Raum für selbstständiges Arbeiten, Eigeninitiative und Experimente erhalten, auch wenn dies das Risiko von Fehlern mit sich bringt, da diese ein natürlicher Teil des Lernprozesses sind. Es ist wichtig, Situationen zu vermeiden, in denen die Aktivitäten junger Menschen übermäßig kontrolliert oder dominiert werden, da dies zu Frustration und Entmutigung führt. Es ist entscheidend, junge Menschen als gleichberechtigte Partner:innen zu behandeln, ihnen Verantwortung zu übertragen und ihren Kompetenzen zu vertrauen.

Kontaktaufnahme mit Schüler:innen und Studierenden

Effektive Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sind notwendig, um viele junge Menschen über ihre Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren. Es sollten Kommunikationskanäle genutzt werden, die bei Jugendlichen beliebt sind, wie soziale Medien, aber auch traditionelle Formen wie Plakate an Universitäten und in weiterführenden Schulen und öffentlichen Orten, Informationsveranstaltungen oder Informationen in der lokalen Presse und auf Websites. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Ansprache junger Menschen in kleineren Städten, ländlichen Gebieten und verlassenen Gebieten, einschließlich solcher, die sich im Revitalisierungsprozess befinden, gewidmet werden, wo der Zugang zu Informationen und vielfältigen Angeboten möglicherweise eingeschränkter ist. Es lohnt sich, Gleichaltrige als Botschafter:innen für partizipative Aktivitäten zu gewinnen.

Inhaltliche und organisatorische Unterstützung für Jugendinitiativen

Junge Menschen sind zwar voller Enthusiasmus und Ideen, benötigen jedoch oft die Unterstützung von erfahrenen Personen, um ihre Initiativen effektiv umzusetzen. Die Rolle der lokalen Behörden und kooperierenden Institutionen wie Universitäten und weiterführenden Schulen besteht darin, diese Unterstützung zu leisten. Dazu kann die Betreuung durch erfahrene Berater:innen, Ausbilder:innen oder Moderator:innen gehören, die bei der Planung, dem Projektmanagement, der Problemlösung oder der Mittelbeschaffung helfen. Ebenso wichtig ist die Bereitstellung materieller Ressourcen, wie Räumlichkeiten für Besprechungen, Büro- und Multimedia-Ausstattung oder administrative Unterstützung bei der Organisation von Veranstaltungen. Ein wichtiges Element der Unterstützung ist die Schulung junger Führungskräfte und Mitglieder von Jugend- oder Studierendenräten, um ihre Kompetenzen im Bereich des öffentlichen Handelns zu verbessern.

Phase IV

Überwachung, Bewertung und Sicherstellung der Nachhaltigkeit

Das Engagement junger Menschen ist keine einmalige Aktion, sondern ein kontinuierlicher Prozess, der eine systematische Überwachung, Bewertung und Anpassung erfordert.

Methoden und Indikatoren zur Bewertung von Fortschritten und Auswirkungen

Es ist notwendig, regelmäßig Daten über den Verlauf der durchgeführten Aktivitäten, den Grad der Beteiligung junger Menschen und die erzielten Ergebnisse zu sammeln. Die Bewertung sollte sowohl quantitative Indikatoren (z. B. Anzahl der Teilnehmenden, Anzahl der durchgeführten Projekte, Wahlbeteiligung bei Jugendratswahlen, Anzahl der aktiven Mitglieder von Jugendorganisationen) als auch qualitative Indikatoren (z. B. Zufriedenheit der Teilnehmenden, Kompetenzentwicklung, Einstellungsänderung) einbeziehen.

Partizipative Bewertung von Aktivitäten gemeinsam mit Jugendlichen

Auch die Bewertung sollte partizipativ sein: Junge Menschen sollten aktiv in die Einschätzung der Maßnahmen eingebunden werden und ihre Meinungen, Beobachtungen und Verbesserungsvorschläge einbringen können. Dazu eignen sich Methoden wie Umfragen (online und offline), Einzel- und Gruppeninterviews, Fokusgruppen oder Evaluationsworkshops. Jugendräte und Vertreter:innen partizipativer Haushaltsplanung sollten nach jedem abgeschlossenen Projekt eine Bewertung durchführen und zusätzlich jährliche Gesamtberichte ihrer Aktivitäten vorlegen.

Strategien zur Gewährleistung der langfristigen Nachhaltigkeit und Institutionalisierung von Maßnahmen

Für junge Menschen sollte Beteiligung nachhaltig und fest verankert sein. Dazu braucht es stabile Strukturen, die Engagement unterstützen – etwa funktionierende Jugendräte mit gesicherter Finanzierung oder dauerhafte Förderprogramme für Jugendinitiativen. Ebenso wichtig ist der Aufbau von Kompetenzen bei lokalen Jugendleiter:innen und Moderator:innen, die in der Lage sind, Aktivitäten langfristig weiterzuführen. Diese können sowohl an Universitäten als auch an weiterführenden Schulen angesiedelt sein. Jugendaktivitäten sollten außerdem in die langfristigen Entwicklungsstrategien der Kommune eingebettet werden, um Anerkennung und Kontinuität der Finanzierung sicherzustellen. Unverzichtbar ist schließlich ein kontinuierlicher Dialog und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Jugendlichen – sie sollten als fester Bestandteil des öffentlichen Lebens verstanden und behandelt werden.

Der Ansatz zur Einbindung von Jugendlichen sollte dynamisch sein und einem Zyklus der kontinuierlichen Verbesserung folgen – vergleichbar mit dem Deming-Zyklus (Plan-Do-Check-Act). Am Anfang steht die Diagnose der Bedürfnisse sowie die sorgfältige Planung von Maßnahmen (Plan). Darauf folgt die Umsetzung der geplanten Initiativen (Do). Im nächsten Schritt werden die Fortschritte systematisch überwacht und die Ergebnisse gemeinsam mit Jugendlichen bewertet (Check). Die daraus gewonnenen Erkenntnisse führen zur Reflexion, Anpassung und Verbesserung der Maßnahmen (Act), damit sie den sich wandelnden Bedürfnissen der Jugendlichen und den lokalen Gegebenheiten gerecht werden.

Ein solcher iterativer Prozess verhindert Stagnation, ermöglicht die Anpassung an neue Herausforderungen und stärkt die Strukturen der Jugendbeteiligung kontinuierlich. So wird das System langfristig wirksamer und nachhaltiger. Gleichzeitig ist es ein Lernprozess für alle Beteiligten – sowohl für die lokale Verwaltung als auch für Schüler:innen und Jugendliche.

Die folgende Tabelle (Tabelle 1: Mögliche Hindernisse für das Engagement junger Menschen und Strategien zu ihrer Überwindung) zeigt mögliche Hindernisse für das Engagement junger Menschen und schlägt Strategien zu ihrer Überwindung vor.

Tabelle 1:

Mögliche Hindernisse für das Engagement jungen Menschen und Strategien zu ihrer Überwindung



Art und Beschreibung des Hindernisses

Vorgeschlagene Strategien zur Überwindung

Beispielmaßnahmen

<p>Zeitmangel bei Studierenden und Jugendlichen.</p> <p>Hohe Arbeitsbelastung durch Universität und Schule, außerschulische Aktivitäten, Arbeit und ein voller Zeitplan.</p>	<p>Anpassung der Aktivitätszeiten und -formate an die Verfügbarkeit von Studierenden und Jugendlichen; Angebot flexibler Formen der Beteiligung; Wertschätzung ihres Zeitaufwands.</p>	<p>Organisation kürzerer, intensiver Workshops; Möglichkeit zur Online-Teilnahme; Angebot von Aktivitäten am Wochenende oder nachmittags; symbolische Belohnungen oder Zertifikate für die Teilnahme.</p>
<p>Gefühl, keinen Einfluss zu haben, und geringes Vertrauen in Institutionen. Glaube, dass die Stimme der Jugend nicht berücksichtigt wird; negatives Image von Politik und Behörden; Erfahrungen mit Alibipolitik.</p>	<p>Sicherstellung eines echten Einflusses auf Entscheidungen; Transparenz der Entscheidungsprozesse; Aufbau von partnerschaftlichen Beziehungen; Aufzeigen konkreter Auswirkungen von Jugendaktionen.</p>	<p>Einführung von Budgets für Bürger:innenbeteiligungprojekte von Jugendlichen und garantierte Umsetzung ausgewählter Projekte; regelmäßige Konsultationen mit Jugendräten und Berücksichtigung ihrer Meinungen; Information darüber, wie die von Jugendlichen eingereichten Ideen umgesetzt wurden.</p>
<p>Mangelndes Interesse und fehlende Motivation bei Studierenden und Jugendlichen.</p> <p>Apathie; mangelnde Kenntnisse über Möglichkeiten zum Engagement; Wahrnehmung von Politik als langweilig oder negativ.</p>	<p>Attraktive, auf die Interessen von Studierenden und Jugendlichen zugeschnittene Aktivitäten; Hervorhebung der Vorteile von Engagement (persönliche Entwicklung, neue Bekanntschaften, echter Einfluss); Einbindung von Gleichaltrigen als Führungskräfte und Botschafter:innen.</p>	<p>Organisation von Stadtspielen, Festivals, Wettbewerben und künstlerischen Projekten zu urbanen Themen; Nutzung sozialer Medien und Influencer; Schaffung von Mentoring-Programmen.</p>
<p>Begrenzte Ressourcen der Kommunalverwaltung (finanziell, personell, materiell)</p> <p>Mangel an ausreichenden Mitteln im Haushalt; unzureichende Anzahl an geschultem Personal; Mangel an geeigneten Räumlichkeiten.</p>	<p>Suche nach externen Finanzierungsquellen; Aufbau von Kompetenzen der Mitarbeiter durch Schulungen; Zusammenarbeit mit NGOs und Freiwilligen; optimale Nutzung der vorhandenen Infrastruktur.</p>	<p>Beantragung von Fördermitteln (z. B. Erasmus+); Organisation von Schulungen für Beamte; Bereitstellung von Universitäts- und Schulaulen oder Räumen in Kulturzentren und Firmenräumen für Studierende und Jugendaktivitäten.</p>
<p>Infrastrukturelle und kommunikative Hindernisse (insbesondere in Kleinstädten/Dörfern)</p> <p>Schwierigkeiten bei der Anreise zu Treffen, eingeschränkter Zugang zu Informationen und weniger Organisationen und Institutionen.</p>	<p>Dezentralisierung von Aktivitäten, Nutzung von Online-Tools, Unterstützung lokaler Jugendleiter:innen und mobile Aktivitätszentren.</p>	<p>Organisation von Treffen und Workshops in verschiedenen Teilen der Gemeinde; Schaffung von Online-Plattformen für Kommunikation und Beteiligung; Unterstützung von Programmen für Studierenden und Jugendinitiativen in ländlichen Gebieten.</p>
<p>Mangelnde Unterstützung durch Erwachsene (Erziehungsberechtigte, Lehrkräfte, Eltern)</p> <p>Unzureichende Kompetenzen der Vertreter:innen der lokalen Behörden; mangelndes Verständnis für die Bedürfnisse der Jugendlichen ; übermäßige Kontrolle oder Passivität.</p>	<p>Schulung und Unterstützung von Verwaltungsmitarbeitenden und Lehrkräften; Aufklärung der Eltern über die Vorteile der Jugendbeteiligung; Förderung partnerschaftlicher Beziehungen zwischen Erwachsenen und Jugendlichen.</p>	<p>Workshops für Betreuer:innen von Jugendräten, Informationsveranstaltungen für Eltern und Erstellung von Leitfäden und Bildungsmaterialien für Erwachsene, die mit Jugendlichen arbeiten.</p>
<p>Unrealistische Erwartungen und Forderungen seitens der Jugendlichen</p> <p>Einreichung von Ideen, die aus finanziellen, rechtlichen oder technischen Gründen nicht umsetzbar sind.</p>	<p>Aufklärung von Studierenden und Jugendlichen über die Möglichkeiten und Grenzen der Kommunalverwaltung; klare Definition der Kriterien und Regeln für die Unterstützung; Unterstützung bei der Verfeinerung von Ideen.</p>	<p>Organisation von Informationsveranstaltungen über den kommunalen Haushalt und Entscheidungsprozesse; Bereitstellung substanzieller Unterstützung in der Phase der Projekteinreichung.</p>

2.7 Einbeziehung von Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Interessengruppen

Die Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Organisationen (CSOs) und anderen wichtigen Interessengruppen in die Stadtentwicklung, wie Unternehmen und Medien, fördert einen integrierteren, transparenteren und partizipativeren Entscheidungsprozess. Eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure – Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Gemeindegruppen, Gewerkschaften, Unternehmen und Medien – bringen wertvolle Perspektiven, Fachkenntnisse und Ressourcen ein. Ein integrierter Ansatz, der öffentliche Konsultationen, digitales Engagement und gemeindegeleitete Initiativen kombiniert, gewährleistet eine sinnvolle Beteiligung und stärkt die Zusammenarbeit zwischen lokalen Behörden und diesen Interessengruppen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen spielen eine entscheidende Rolle bei der Vertretung sozialer Belange, der Vertretung marginalisierter Gemeinschaften und der Mobilisierung der Öffentlichkeit. Unternehmen leisten ihren Beitrag durch Programme zur sozialen Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility, CSR), innovative Lösungen und öffentlich-private Partnerschaften. Sowohl traditionelle als auch digitale Medien tragen zur Verbreitung von Informationen, zur Sensibilisierung und zur Förderung des Dialogs zwischen Behörden und Bürger:innen bei.

Empfohlene Maßnahmen: >>

A. Öffentliche Konsultationen und partizipative Planungsprozesse



- » Veranstalten Sie Bürger:innenversammlungen, Fokusgruppen, Umfragen und Workshops, um Meinungen zu vorgeschlagenen politischen Maßnahmen oder Projekten einzuholen.
- » Beziehen Sie zivilgesellschaftliche Organisationen, Unternehmen und Medien in die Diskussionen ein, um eine breite Vertretung der Interessen zu gewährleisten.
- » Setzen Sie partizipative Haushaltsplanungsmethoden ein, damit Bürger:innen und Organisationen direkten Einfluss auf Finanzierungsentscheidungen nehmen können.

Beispiel

*Die Stadtentwicklungsstrategie **Berlin 3.0** wurde in einem partizipativen Prozess²⁰ unter Einbeziehung eines Lenkungsausschusses mit VertreterInnen aller Senatsbehörden entwickelt, um umfassenden Beiträge und eine umfassende Koordinierung sicherzustellen. Der Prozess umfasste eine Anfang 2020 durchgeführte Umfrage, um Meinungen zu wichtigen Themen im Zusammenhang mit der Zukunft der Stadt einzuholen. Eine Folgebefragung wurde durchgeführt, um die potenziellen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die öffentliche Meinung zu bewerten. Die Ergebnisse beider Umfragen flossen in die Bewertung spezifischer Themenbereiche innerhalb der Strategie ein.*

²⁰ "Shaping the City Together" and the Urban Development Concept Berlin 2030.
<https://oidp.net/en/practice.php?id=1253>

B. Nutzung digitaler Plattformen für eine größere Reichweite und Beteiligung



- » Implementieren Sie Online-Plattformen für Umfragen, Einreichung von Ideen und Sammlung von Feedback, damit zivilgesellschaftliche Organisationen, Unternehmen und Medien ihre Erkenntnisse einbringen können.
- » Setzen Sie Geodaten-Tools wie digitalen Karten ein, um Beiträge der Bevölkerung zu städtischen Themen zu sammeln.
- » Beziehen Sie Medien ein, um die Beteiligungsmöglichkeiten zu erweitern und die Öffentlichkeit über Entscheidungsprozesse auf dem Laufenden zu halten.

Beispiel

In Amsterdam, Niederlande, hat die Stadtverwaltung die „Amsterdam Smart City Platform“²¹ ins Leben gerufen, ein digitales Tool, mit dem Bürger:innen, Studierende und Hochschulen Ideen vorschlagen und bei städtischen Innovationsprojekten zusammenarbeiten können. Diese Plattform hat zu erfolgreichen Initiativen geführt, wie z. B. kommunalen Netzwerken zum Energieaustausch und Prototypen für nachhaltiges Wohnen.

Beispiel

Die Stadt Stuttgart hat im Rahmen ihrer Bemühungen zur Verbesserung digitaler Dienste und des bürgerschaftlichen Engagements ein Bürgerbeteiligungsportal namens „Stuttgart – Meine Stadt“²² entwickelt. Diese innovative Plattform ermöglicht es den Einwohner:innen, sich aktiv an der lokalen Verwaltung zu beteiligen, zu Stadtprojekten beizutragen und sich in Gemeinschaftsinitiativen zu engagieren. Sie dient als umfassende digitale Ressource und bietet Informationen über Stadtentwicklung, Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung und lokale Nachrichten.

²¹ Amsterdam Smart City. (n.d.). Amsterdam Smart City. <https://amsterdamsmartcity.com/>

²² Bürgerbeteiligungsportal. (2024). Stuttgart-Meine-Stadt.de. <https://www.stuttgart-meine-stadt.de/>

C. Förderung von gemeindegeleiteten Initiativen und Freiwilligenarbeit

- » Gehen Sie Partnerschaften mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Unternehmen und Medien zur gemeinsamen Entwicklung und Umsetzung von Gemeinschaftsprojekten ein.
- » Ermutigen Sie Unternehmen, städtische Initiativen durch Programme zur sozialen Verantwortung von Unternehmen (CSR), Sponsoring und ehrenamtliches Engagement auf der Grundlage von Fachkenntnissen zu unterstützen.
- » Beziehen Sie die Medien ein, um erfolgreiche gemeindegeleitete Projekte hervorzuheben und so eine breitere Beteiligung anzuregen.
- » Gewähren Sie Kleinstzuschüssen zur Unterstützung von Basisinitiativen, die mit den Prioritäten der Stadtverwaltung im Einklang stehen, wie z. B. Nachhaltigkeitsprojekte, Programme zur sozialen Eingliederung und Initiativen zur Förderung der digitalen Kompetenz.

Beispiel

Human Cities/Smoties-Creative²³ arbeitete mit kleinen und abgelegenen Orten zusammen, geleitet vom Human Cities-Netzwerk, an dem Universitäten, Designzentren und Beratungsunternehmen beteiligt sind – darunter das regionale Designzentrum Zamek Cieszyn (Polen). SMOTIES legte den Schwerpunkt auf Stadterneuerung in Regionen, die von Abwanderung betroffen und räumlich isoliert sind. Ziel des Projekts war es, lokale Entwicklungsprozesse sichtbar zu machen und zu fördern. Die kollaborativen Designprozesse fanden direkt in den ausgewählten Gemeinden statt. Außerdem wurden Design-Tools entwickelt, die kreative Ansätze für die Umgestaltung öffentlicher Räume in kleinen und abgelegenen Orten bereitstellen.

²³ Homepage | SMOTIES Project. (2024, April 22). SMOTIES Project. <https://humancities.eu/smoties/>

Section 3

Zusammenarbeit für mehr Partizipation – Anforderungen an regionale und lokale Behörden.

3.1 Grundlage für wirksames Handeln der lokalen Behörden

Um die Zusammenarbeit zwischen regionalen und lokalen Behörden, Schulen, Hochschulen, Studierenden und Jugendlichen zu fördern, braucht es klare und verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen. Besonders bei der Einrichtung von Beratungs- und Konsultationsgremien – etwa Jugendräten und deren Satzungen – sollten Aufgaben, Zuständigkeiten und Arbeitsprinzipien eindeutig festgelegt werden. Ebenso wichtig ist die Entwicklung und Umsetzung kommunaler Programme oder Strategien für die Zusammenarbeit mit diesen Gruppen. Diese sollten partizipativ erarbeitet werden – also unter aktiver Einbindung von Schüler:innen, Studierenden, Schulen und Hochschulen – und langfristige Ziele sowie Handlungsrichtungen festlegen.

Damit Kommunalverwaltungen das Engagement von jungen Menschen in kommunalen Aktivitäten wirksam fördern können, müssen ihre Mitarbeitenden und Entscheidungsträger:innen über die passenden Kompetenzen verfügen, ausreichende Ressourcen bereitstellen und ein unterstützendes Umfeld schaffen.

Um Schüler:innen und Studierende wirksam einzubeziehen, benötigen Vertreter:innen regionaler und lokaler Behörden fundiertes Fachwissen, ausgeprägte Soft Skills und eine offene, unterstützende Haltung. Besonders wichtig sind Kompetenzen in folgenden Bereichen:

- » **Kommunikation:** Informationen klar und verständlich zu vermitteln und dabei die Lebenswelt junger Menschen zu berücksichtigen, ist entscheidend. Dazu gehören aktives Zuhören, Of-

fenheit für Argumente der Jugendlichen sowie ein Dialog, der auf Respekt und gegenseitigem Verständnis basiert. Kommunikation muss in beide Richtungen verlaufen, sodass junge Menschen ihre Meinung äußern und Fragen stellen können.

- » **Partizipation:** Mitarbeitende der Kommunalverwaltung sollten Methoden und Instrumente der Bürgerbeteiligung kennen und in der Arbeit mit Jugendlichen einsetzen können. Dazu gehören die Gestaltung und Moderation von Konsultations- und Mitentscheidungsprozessen, die wirklich inklusiv sind. Wichtig ist auch die Bereitschaft, Verantwortung zu teilen und Jugendlichen echte Entscheidungsspielräume zu überlassen – nicht nur als Teilnehmende, sondern als gleichberechtigte Partner.

- » **Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen und Jugendlichen:** Wer mit Schüler:innen und Studierenden arbeitet, muss die Besonderheiten des Jugend- und frühen Erwachsenenalters verstehen. Dabei gilt es, die Bedürfnisse, Wünsche, Probleme und Potenziale junger Menschen ernst zu nehmen. Vertrauensvolle Beziehungen, Empathie, Unterstützung und die passende persönliche Haltung sind Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Die folgende Tabelle (**Tabelle 2:** Schlüsselkompetenzen der Kommunalverwaltung im Bereich Jugendengagement) fasst die Schlüsselkompetenzen der Kommunalverwaltung zusammen, die für ein effektives Engagement von Studierenden und Jugendlichen erforderlich sind.

Tabelle 2:

Schlüsselkompetenzen der Kommunalverwaltung im Bereich Jugendengagement

Kompetenzkategorie	Spezifische Fähigkeiten/Kenntnisse	Beispiele für die praktische Anwendung
Kommunikation	Aktives Zuhören, Empathie, Anpassung der Sprache an das Publikum, Fähigkeit zur Dialogführung und Moderation von Diskussionen, präzise Formulierung von Botschaften und konstruktives Feedback.	Durchführung von Beratungsgesprächen mit Studierenden und Jugendlichen, Erstellung von Informationsmaterialien in leicht verständlicher Form und Vermittlung in Konfliktsituationen.
Partizipativ	Kenntnisse über partizipative Methoden und Instrumente (z. B. Workshops, Debatten, Online-Konsultationen, partizipative Haushalte), Fähigkeit zur Gestaltung inklusiver Prozesse, Moderation und Bereitschaft, Macht und Verantwortung zu teilen.	Entwurf und Umsetzung eines partizipativen Haushalts für Schüler und Jugendliche, Organisation strategischer Workshops mit diesen Zielgruppen, Durchführung offener Konsultationen usw.
Arbeit mit Schülern und Jugendlichen	Verständnis der Entwicklungspsychologie von Studierenden und Jugendlichen, Kenntnisse über die spezifischen Bedürfnisse und Probleme junger Menschen, Fähigkeit, Vertrauen und Autorität aufzubauen, ihre Initiativen zu motivieren und zu unterstützen sowie Durchsetzungsfähigkeit.	Organisation eines Studierenden- und Jugendgemeinderats, Durchführung von Animationsaktivitäten, Unterstützung informeller Studierenden- und Jugendgruppen, Reaktion auf schwierige Situationen und die Bedürfnisse einzelner junger Menschen.
Management und Organisation	Strategische Planung, Projektmanagement, Fundraising, Aufbau von Partnerschaften, Koordinierung von Aktivitäten und Kenntnisse der rechtlichen Rahmenbedingungen in Bezug auf Jugend und Partizipation.	Entwicklung und Umsetzung einer kommunalen Jugendstrategie, Koordinierung der interinstitutionellen Zusammenarbeit bei Jugendaktivitäten und Verwaltung von Förderprogrammen für Jugendorganisationen.
Zwischenmenschlich und persönlich	Offenheit für neue Ideen, Flexibilität, Kreativität, Geduld, Teamfähigkeit, Bereitschaft zu lernen und die eigene Einstellung zu ändern sowie eine hohe persönliche Kultur.	Anpassung bewährter Praktiken an lokale Gegebenheiten, Experimentieren mit neuen Formen der Einbindung von Studierenden und Jugendlichen, Aufbau positiver Beziehungen zu jungen Führungskräften, Umgang mit Misserfolgen und Ableitung von Schlussfolgerungen daraus.

Quelle: Eigene Ausarbeitung

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Eine wirksame Einbindung von Studierenden und Jugendlichen erfordert, dass regionale und lokale Behörden ihre Rolle ein Stück weit neu definieren. Statt sich ausschließlich als Verwaltungseinheiten zu verstehen, sollten sie stärker als Mentor:innen, Moderator:innen und Förderer:innen partizipativer Prozesse auftreten. Eine offene Haltung, die Bereitschaft, eigene Positionen im Dialog zu überdenken, und Respekt gegenüber den Meinungen junger Menschen sind dabei entscheidend. Politik und Verwaltung müssen vor allem ihre Soft Skills ausbauen, Flexibilität zeigen, neue Formen der Zusammenarbeit zulassen und sich von hierarchischen Führungsmodellen hin zu partnerschaftlichen Beziehungen bewegen.

Beispiele für wirksam eingesetzte Kompetenzen in der Zusammenarbeit mit Jugendlichen sind:

- » Jugendkoordinator:innen oder Jugendbeauftragte innerhalb der Stadt- oder Gemeindeverwaltung, die Aktivitäten für junge Einwohner:innen initiieren, koordinieren und begleiten.
- » Schulungen für Verwaltungsmitarbeitende – insbesondere in Kulturzentren, Bibliotheken oder Schulen – zu den Besonderheiten der Arbeit mit Jugendlichen und zu modernen Methoden der Bürgerbeteiligung.
- » Jugendgemeinderäte mit engagierten und qualifizierten Betreuer:innen, die als Mentor:innen und Vermittler:innen auftreten, den Rat organisatorisch unterstützen und den Informationsfluss zur Verwaltung sichern, ohne seine Eigenständigkeit einzuschränken.
Damit Beteiligung gelingen kann, müssen regionale und lokale Behörden zusätzliche Mittel bereitstellen – sowohl finanziell als auch materiell, technologisch und digital.

Finanzielle Ressourcen: Im Haushalt der Kommune sollte es eine stabile, transparente Finanzierung für Studierenden- und Jugendaktivitäten geben. Dazu gehören zweckgebundene Mittel für Jugendräte, administrative Unterstützung und die Erstattung von Reisekosten für Ratsmitglieder. In einem erweiterten Modell kann ein partizipativer Jugendhaushalt eingeführt werden, der jungen Menschen direkten Einfluss auf die Vergabe öffentlicher Gelder ermöglicht. Auch die Unterstützung bei der Beantragung externer Fördermittel, etwa aus Erasmus+, ist wichtig.

Materielle und technologische Ressourcen: Studierende und Jugendliche brauchen Zugang zu geeigneten, leicht erreichbaren Räumen für Treffen, Workshops, Debatten und Projekte. Ebenso notwendig sind grundlegende Büro- und Multimediaausstattung sowie eine stabile Internetverbindung.

Digitale Werkzeuge: Plattformen und Online-Tools für Kommunikation, Konsultationen, Abstimmungen oder gemeinsame Projektarbeit sollten systematisch genutzt werden. Da junge Menschen selbstverständlich in der digitalen Welt agieren, ist es wichtig, dass auch Behörden dort sichtbar, aktiv und ansprechbar sind.

3.2 Aufbau eines unterstützenden Ökosystems für Studierende und Jugendliche

Einzelne Maßnahmen regionaler und lokaler Behörden führen oft nicht zu den gewünschten Ergebnissen, wenn sie nicht in ein größeres, unterstützendes Umfeld eingebettet sind. Daher ist es entscheidend, ein lokales Ökosystem für die Beteiligungsaktivitäten junger Menschen aufzubauen. Dieses sollte auf der Zusammenarbeit verschiedener Akteure – staatlicher, nichtstaatlicher, bildungsnaher und wirtschaftlicher – beruhen, die gemeinsam junge Menschen unterstützen.

Ein wirksames Ökosystem kann auf folgenden Säulen aufbauen:

- » Bildungseinrichtungen: Enge Zusammenarbeit mit Universitäten und Schulen, einschließlich der dortigen Studierendenvertretungen. Gerade in ländlichen Regionen prägen Bildungseinrichtungen oft maßgeblich das Leben junger Menschen. Deshalb sollten sie offener für externe Initiativen sein, Partnerschaften mit anderen Einrichtungen eingehen und echte Kooperationen mit Studierenden entwickeln.
- » Nichtregierungsorganisationen (NGOs): Partnerschaften mit Organisationen, die sich für Jugendliche einsetzen oder von ihnen geleitet werden. Sie bringen Fachwissen, Erfahrung in der Arbeit mit jungen Menschen und eine Flexibilität mit, die öffentlichen Einrichtungen häufig fehlt.
- » Kulturelle und soziale Einrichtungen: Bibliotheken, Kulturzentren, Sport- und Freizeiteinrich-

tungen bieten attraktive Freizeit- und Entwicklungsangebote. Sie sollten stärker in Aktivitäten für Studierende und Jugendliche einbezogen werden und können als Plattformen für den Dialog mit der jungen Generation dienen.

- » Lokale Unternehmen: Durch Corporate Social Responsibility (CSR) können Unternehmen wertvolle Initiativen für junge Menschen unterstützen. Gleichzeitig gewinnen sie künftige Fachkräfte und stärken das Zugehörigkeitsgefühl der Jugend zur lokalen Gemeinschaft.

Ein kohärentes Ökosystem für Studierende und Jugendliche erhöht die Chancen auf dauerhaftes und wirksames Engagement deutlich stärker als vereinzelte Einzelmaßnahmen. Synergien von Behörden, Universitäten, Schulen, NGOs, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie Unternehmen eröffnen vielfältige Möglichkeiten und erleichtern jungen Menschen den Einstieg in aktives Engagement. Regionale und lokale Behörden sollten dabei als Initiatoren, Koordinatoren und Mentoren auftreten: Sie schaffen Plattformen für Dialog und Zusammenarbeit und ermutigen unterschiedliche Einrichtungen, gemeinsame, systemische Initiativen für Studierende und Jugendliche umzusetzen. Einzelne Projekte bleiben zwar wertvoll, entfalten aber meist eine geringere Wirkung, erreichen weniger Menschen und sichern Ergebnisse seltener langfristig ab.

3.3 Instrumente zur Bürger:innenbeteiligung

Die Beteiligung der Öffentlichkeit ist ein zentrales Element partizipativer Prozesse, da sie inklusive Entscheidungsfindung ermöglicht und das Engagement der Gemeinschaft stärkt. Dieser Abschnitt bietet einen Überblick über Instrumente, die die Bürger:innenbeteiligung erleichtern und unterstützen.

Beteiligungsinstrumente sind wertvolle Werkzeuge für eine Vielzahl von Akteur:innen – von Hochschulen und weiterführenden Schulen über zivilgesellschaftliche Organisationen bis hin zu Behörden. Sie fördern kollaborative Entscheidungsprozesse, stärken den sozialen Zusammenhalt und befähigen Gemeinschaften, aktiv an der Gestaltung ihres Umfelds mitzuwirken. Der gezielte Einsatz dieser Methoden hilft, kollektive Intelligenz zu nutzen, Inklusion zu sichern und die Qualität politischer Entscheidungen sowie lokaler Entwicklungsprojekte zu verbessern.

Lokale Behörden stehen zunehmend unter dem Anspruch, Bürger:innen in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Vertrauen zu stärken. Beteiligungsinstrumente unterstützen sie dabei, die Bedürfnisse der Bevölkerung besser zu verstehen, politische Maßnahmen an deren Prioritäten

auszurichten und gemeinsam Lösungen zu entwickeln, die den lokalen Gegebenheiten entsprechen.

Partizipative Methoden wie Stakeholder-Mapping, partizipative Haushaltsplanung oder öffentliche Konsultationen eröffnen Behörden die Möglichkeit, unterschiedliche Perspektiven einzubeziehen, Gräben zwischen Entscheidungsträger:innen und Gemeinden zu überbrücken und Konflikte frühzeitig abzumildern. Ergänzend schaffen Co-Design-Workshops und öffentliche Anhörungen Räume für die direkte Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Bevölkerung, stärken die demokratische Kultur und fördern die soziale Inklusion.

Die Integration solcher Beteiligungsinstrumente in politische Entscheidungsprozesse erhöht die Legitimität von Entscheidungen, verbessert die Qualität öffentlicher Dienstleistungen und trägt zur Entwicklung einer aktiven Bürgerschaft bei. So profitieren nicht nur die Bürger:innen, die stärker in Verantwortung genommen und befähigt werden, sondern auch die Institutionen, die ihre Fähigkeit stärken, auf komplexe gesellschaftliche Herausforderungen wirksam zu reagieren.

3.4 Toolkit für Behörden

Dieser Leitfaden soll als Inspiration und Unterstützung für Projekte dienen, die lokale Gemeinschaften und akademische Umfelder auf durchdachte und wirksame Weise einbeziehen. Zusammenarbeit, Offenheit für vielfältige Perspektiven und der Einsatz moderner partizipativer Instrumente sind entscheidende Wege, um Veränderungen anzustoßen – besonders in vernachlässigten Bereichen, in denen nach COVID-19 gezielte Maßnahmen und der Wiederaufbau sozialer Beziehungen erforderlich sind.

Auf Grundlage partizipativer und projektbasierter Ansätze sowie der im HEIsCITI-Projekt entwickelten Methodik werden im Folgenden empfohlene Techniken und Instrumente für Partizipationsprozesse vorgestellt. Diese Methoden, die auf Design Thinking, Project-Based Learning (PBL) und partizipativen Verfahren beruhen, wurden bereits im Unterricht erprobt und auf ihre Wirksamkeit überprüft. Sie binden Studierende und weitere Interessengruppen in die Gestaltung und Umgestaltung städtischer Räume ein. Gleichzeitig erleichtern sie die Zusammenarbeit im Team, fördern die Einbindung von Nutzer:innen, unterstützen innovative Lösungen und stärken die gemeinsame Verantwortung für Herausforderungen und Ergebnisse.

Empfohlene Instrumente:

1.



Storytelling:

Sammeln von für die Gemeinschaft relevanten Geschichten, um Probleme, Potenziale und Werte eines bestimmten Raums sichtbar zu machen. Narratives Arbeiten verbessert das Verständnis für die Bedürfnisse der Bewohner:innen und unterstützt wirkungsvolle Lösungen.

2.

Stakeholders Map:

Identifizierung und Analyse zentraler Personen, Gruppen oder Organisationen, die ein Projekt beeinflussen oder davon betroffen sind. Die Kategorisierung nach Einfluss und Beteiligung macht Bedürfnisse, Erwartungen und mögliche Konflikte sichtbar.

3.

Space Mapping:

Visualisierung der Beziehungen zwischen Systemelementen oder Prozessen, um Interaktionspunkte, Herausforderungen und Optimierungspotenziale zu erkennen. Besonders relevant für Stadtplanung und -revitalisierung.

4.

Persona:

Erstellung detaillierter Profile fiktiver, aber typischer Nutzer:innen einer Lösung. Der Persona Canvas beleuchtet Motivation, Bedürfnisse und Herausforderungen und sorgt für nutzerzentrierte Lösungen.

5.

Diagnostic Survey:

Sammlung quantitativer und qualitativer Daten, um Meinungen, Prioritäten und Erfahrungen der Gemeinschaft zu erfassen. Umfragen zeigen Trends, während Interviews tiefere Einblicke ermöglichen.

6.

Beobachtungen:

Systematische Erfassung menschlichen Verhaltens oder von Interaktionen im Alltag, um tatsächliche Bedürfnisse und Probleme der Nutzer:innen zu identifizieren.

7.

Analyse von Herausforderungen und Chancen:

8.

Ermittlung von Hindernissen und Vorteilen innerhalb eines Projekts, um Maßnahmen gezielt zu priorisieren, Schwierigkeiten zu verringern und Potenziale zu nutzen.

Charrette:

Interdisziplinäre Workshop-Methode, die vor allem in der Stadtplanung eingesetzt wird. Sie bringt verschiedene Interessengruppen zusammen, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten.

9.

Ideation:

Kreativitätstechniken wie Brainstorming oder Brainwriting helfen, eine Vielzahl innovativer Ideen zu entwickeln. Der Fokus liegt dabei zunächst auf Quantität und Kreativität, nicht auf Bewertung.

Diese Instrumente tragen dazu bei, integrative, innovative und wirksame Projekte zu entwickeln, die städtische Herausforderungen adressieren und gleichzeitig ein starkes Engagement der Gemeinschaft fördern.

10.

Prototyping:

Erstellung früher, oft unvollständiger Versionen von Produkten oder Dienstleistungen, um Ideen zu testen. Ziel ist es, Konzepte schnell zu prüfen, Probleme frühzeitig zu erkennen und Nutzerfeedback einzubeziehen. Prototypen können einfache Papiermodelle, digitale Entwürfe oder funktionsfähige Versionen sein. Besonders im Design Thinking ist Prototyping ein zentraler Schritt, um Lösungen zu verbessern.

Ausführliche Beschreibungen und Spezifikationen der hier vorgestellten Tools finden Sie im Dokument „**Active Participation Tools: A Handbook for Civic Engagement Facilitators**“ (Tools für aktive Beteiligung: Ein Handbuch für Moderator:innen im Bereich Bürger:innenengagement). Dieses Dokument wurde im Rahmen des HEIsCITI-Projekts entwickelt.

3.5 Von der Methode zur Praxis: Wie Tools in Maßnahmen regionaler und lokaler Behörden umgesetzt werden können

Der im Projekt verfolgte Ansatz geht davon aus, dass junge Menschen während ihrer akademischen oder schulischen Ausbildung ihre partizipativen Kompetenzen entwickeln und sich in lokale Angelegenheiten einbringen – oft über den üblichen Bildungsrahmen hinaus. Gleichzeitig lernen regionale und lokale Behörden, wie sie mit dem Bildungssektor (Universitäten und weiterführende Schulen) zusammenarbeiten können, um sich umfassend und gezielt auf die Kooperation mit Studierenden vorzubereiten. Die folgende Tabelle (Tabelle 2: Zusammenhänge zwischen Instrumenten und möglichen Umsetzungen in partizipativen Prozessen zur Einbindung von Studierenden und Jugendlichen in lokale Angelegenheiten) enthält Beispiele dafür, wie die in Punkt 3.4 vorgestellten Instrumente bei der Umsetzung ausgewählter öffentlicher Aktivitäten eingesetzt werden können, an denen junge Menschen beteiligt sein sollten.

Tabelle 3:

Zusammenhänge zwischen Instrumenten und möglichen Umsetzungen in partizipativen Prozessen zur Einbindung von Studierenden und Jugendlichen in lokale Angelegenheiten

Instrument/ Aktivität	Jugend- gemein- deräte	Partizipative Jugendhau- shalte	Raum- planung	Investition- splanung und -entwicklung	Gestaltung und Entwicklung öffentlicher Dienstleistungen	Entwicklung lokaler Strategien	Bürgernahen Initiativen	Öffentliche Konsultationen und Dialog	Zusammenarbeit mit Studentenräten und -organisatio-
Storytelling				X	X	X	X	X	
Stakeholders map			X	X	X	X	X	X	X
Space mapping			X	X	X	X		X	
Persona	X		X	X	X	X	X		X
Diagnostic survey	X	X			X	X	X	X	
Beobachtungen	X	X	X	X	X	X	X		
Analyse der He- rausforderungen und Chancen		X		X			X		
Charrette			X	X		X	X	X	
Ideation		X			X		X		X
Prototyping			X	X	X		X		

Section 4

Zusammenfassung und Schlussfolgerung

In den letzten Jahren haben globale Entwicklungen wie die COVID-19-Pandemie, geopolitische Spannungen, die Klimakrise und neue Technologien wie Künstliche Intelligenz Gesellschaften verändert und neue Herausforderungen wie Chancen geschaffen. Diese Dynamik macht deutlich, wie wichtig ein partizipativer Ansatz in der Raumplanung und Stadtentwicklung ist.

Dieses Dokument – ein zentrales Ergebnis des Erasmus+-Projekts HEIsCITI (HEIs as Innovative Triggers of Sustainable Development in European Cities in the Post-COVID-19 era) – enthält Leitlinien und Empfehlungen für lokale und regionale Behörden, wie sie Bürger:innen, Schüler:innen, Studierende und Hochschulen wirksam einbinden können. Ziel ist es, die Kluft zwischen Verwaltung und Wissenschaft zu überwinden und eine langfristige, praxisnahe Zusammenarbeit für nachhaltige Stadtentwicklung aufzubauen.

Die Einbindung verschiedener Gruppen ist kein optionaler Zusatz mehr, sondern eine Grundvoraussetzung:


- » Bürger:innen bringen lokales Wissen und Erfahrungen ein.
- » Hochschulen liefern Forschungsergebnisse, Innovationskraft und qualifizierte Fachkräfte.
- » Junge Menschen gelten als Akteur:innen des Wandels und bringen digitale Kompetenz, neue Ideen und großes Engagement mit.

So entstehen Lösungen, die gesellschaftlich akzeptiert, praktisch umsetzbar und zukunftsfähig sind.

Engaging HEIs, secondary schools, and students is crucial for fostering long-term civic participation.

Key methods include:

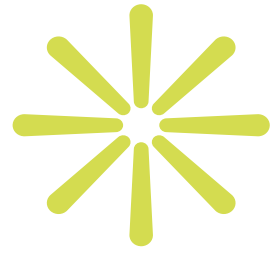
- » Integrating municipal challenges into educational curricula, through challenge-based learning modules, civic engagement coursework, and policy research in capstone projects. Examples like Rijeka's Open Data Portal and the Turku Urban Research Programme illustrate this integration.
- » Creating student fellowships and municipal internship programs, providing hands-on experience and mentorship within city departments. The Municipal Intern Program in Pennsylvania, USA, serves as an example.
- » Leveraging digital tools and civic technology, such as mobile apps, social media, VR simulations, participatory budgeting platforms, and hackathons, to maximize youth engagement. Barcelona's "Decidim" platform and Stuttgart's "Stuttgart – Meine Stadt" portal exemplify this.
- » Organizing Co-Creation workshops and participatory design labs, where students collaborate directly with policymakers and urban designers, moving beyond mere consultation. Rijeka's „Re-Value“ Business Challenge and „Firenze per il Clima“ are successful applications.
- » Encouraging student-led urban innovation and entrepreneurship, through innovation hubs, funding for initiatives, and pitch competitions. The Startup Incubator Rijeka and Portugal's Urban Innovation Laboratory demonstrate this approach.
- » Promoting youth representation in policy development, by establishing municipal youth councils and inviting student representatives to advisory committees, ensuring young voices are directly integrated into governance. Rijeka's Youth Council and Finland's statutory system of municipal youth councils are prime examples.



Ein Fahrplan in vier Phasen – Diagnose und Planung, Umsetzung, Begleitung sowie Evaluation und Anpassung – unterstützt Verwaltungen dabei, Engagement systematisch und nachhaltig aufzubauen. Ergänzend bietet ein Toolkit konkrete Instrumente (z. B. Storytelling, Stakeholder-Mapping, Ideenfindung, Prototyping), die sich in Projekten und Lehrformaten bewährt haben.

Das Fazit ist klar: Lokale und regionale Behörden können mit diesen Ansätzen klassische Verwaltungslogik hinter sich lassen und kollaborative Ökosysteme schaffen, die von Wissen, Kreativität und Energie der Bürger:innen getragen werden. So lassen sich nicht nur aktuelle Herausforderungen meistern, sondern auch langfristig widerstandsfähige, inklusive und demokratische Städte gestalten.

Lokale und regionale Behörden: Gestalten Sie Ihre Zukunft!



Befähigen Sie junge Menschen:

Sehen Sie Schüler:innen und Studierende als zentrale Gestalter:innen der Stadt von morgen.

Arbeiten Sie mit Hochschulen zusammen:

Schaffen Sie strategische, langfristige Partnerschaften für Innovation und evidenzbasierte Politik.

Fördern Sie die Beteiligung:

Implementieren Sie inklusive Governance-Modelle, die Vertrauen und Eigenverantwortung schaffen.

Integrieren Sie Lernen:

Beziehen Sie kommunale Herausforderungen in die Lehrpläne ein, um bürgerschaftliches Engagement zu fördern.

Nutzen Sie digitale Tools:

Nutzen Sie Civic Tech und Online-Plattformen für ein breiteres Engagement.

In Kompetenzen investieren:

Statten Sie Mitarbeitende der Verwaltung mit partizipativen und kommunikativen Fähigkeiten aus, um junge Führungskräfte zu betreuen.

Aufbau eines Ökosystems:

Gehen Sie Partnerschaften mit Schulen, NGOs und Unternehmen ein, um ein unterstützendes Umfeld zu schaffen.

Systematisch handeln:

Folgen Sie einem Fahrplan für die Beteiligung – planen, umsetzen, überwachen und anpassen.

Verwandeln Sie Ihre Stadt:

Fördern Sie eine nachhaltige, widerstandsfähige und inklusive städtische Zukunft durch aktive Bürger:innenbeteiligung.

Referenzen

Wong, Y. L. (2023). What is Participatory Planning in the Urban Setting? Inclusion Matters. Singapore: Lee Kuan Yew School of Public Policy.

<https://lkyspp.nus.edu.sg/research/social-inclusion-project>,

Available at SSRN: <https://ssrn.com/abstract=4436760> or <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.4436760>

Co-creating Urban Transformation: A Guide to Community Listening and Engagement for Future-fit Cities. (n.d.). <https://innovation.eurasia.undp.org/resource/co-creating-urban-transformation>

Enhancing the Student Civic Experience.

<https://civicuniversitynetwork.co.uk/resources/student-civic-engagement>

Arnstein, S. R. (1969). A ladder of citizen participation. Journal of the American Institute of planners, 35(4), 216-224.

Case Studies Report, UCITYLAB Erasmus+ project.

<https://ddd.uab.cat/pub/infpro/2019/273094/UCITYLAB-Case-Study-Report.pdf>

Turku Urban Research Programme.

https://urbantransitionsmission.org/wp-content/uploads/2023/11/11_Turku_Session_UTM-in-Action_bro-kering-solutions-and-connecting-innovation-leaders-providers.pdf

Municipal Intern Program application period open. (n.d.). Quaker Valley Council of Governments.

<https://www.qvcog.org/announcements/municipal-intern-program-application-period-open>

Decidim. (n.d.). <https://decidim.org/>

Mbembic. (2023b, November 23). Natjecanje Poslovni izazov u Rijeci – srednjoškolci osmišljavali projekte vezane uz plavu ekonomiju i održivi razvoj – Grad Rijeka. Grad Rijeka.

<https://www.rijeka.hr/natjecanje-poslovni-izazov-u-rijeci-srednjoskolci-osmisljavali-projekte-vezane-uz-plavu-ekonomiju-odrzivi-razvoj/>

Comune di Firenze - Firenze per il clima. (2024, May 1). Firenze per il clima. Firenze per Il Clima.

<https://firenzeperilclima.it/>

Urban Innovation Laboratory. (2025, June 6).

<https://www.interregeurope.eu/good-practices/urban-innovation-laboratory>

Redazione, L. (2022, October 24). EUREKA – Training urban innovators. LAMA.

<https://agenziaalama.eu/appunti/news/eureka-training-urban-innovators/>

Youth Council - City of Rijeka. (2024, October 31). City of Rijeka.

<https://www.rijeka.hr/en/city-government/city-council/youth-council/?noredirect=en-GB>

Youth representation bodies. (n.d.).

<https://national-policies.eacea.ec.europa.eu/youthwiki/chapters/finland/53-youth-representation-bodies>

Home - Borgo prossima | Spazi ai giovani - Open Toscana. (n.d.). Borgo Prossima | Spazi Ai Giovani.

<https://partecipa.toscana.it/web/borgo-prossima-spazi-ai-giovani>

GET INVOLVED! (n.d.).

<https://op.europa.eu/webpub/com/get-involved/en/index.html>

"Shaping the City Together" and the Urban Development Concept Berlin 2030.

<https://oidp.net/en/practice.php?id=1253>

"Shaping the City Together" and the Urban Development Concept Berlin 2030.

<https://oidp.net/en/practice.php?id=1253>

Amsterdam Smart City. (n.d.). Amsterdam Smart City. Amsterdam Smart City.

<https://amsterdamsmartcity.com/>

Bürgerbeteiligungsportal. (2024). Stuttgart-Meine-Stadt.de.

<https://www.stuttgart-meine-stadt.de/>

Homepage | SMOTIES Project. (2024, April 22). SMOTIES Project.

<https://humancities.eu/smoties/>



2025